

Andrea Niewerth (Bearb.)

Ratingen 1945 – 1955.  
Kriegsende und Wiederaufbau  
im Spiegel der städtischen Verwaltungsberichte.

Eine Dokumentation

Schriftenreihe des Stadtarchivs Ratingen  
Reihe C Band 7

ISBN 3-926538-62-7

1. Auflage

Herausgeber: Stadtarchiv Ratingen

Layout: Joachim Schulz-Hönerlage

Druck:

© Alle Rechte Stadtarchiv Ratingen, 2006

Bildnachweis: Abbildungen Stadtarchiv Ratingen und Bildarchiv Buschhausen

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jegliche Verwertung, die das Urheberrechtsgesetz berührt, bedarf der Zustimmung des Stadtarchivs Ratingen. Dies gilt insbesondere für die Einspeisung und Verarbeitung in elektronischen Informationssystemen.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Inhaltsverzeichnis</b> .....	<b>3</b>
<b>Einleitung</b> .....	<b>5</b>
<b>1. Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung nach Kriegsende</b> .....	<b>7</b>
Dok. 1: Hauptverwaltung 1945/1946 .....	8
Dok. 2: Haushaltsplan 1945/46 .....	8
Dok. 3: Haushaltsplan 1945/46 .....	9
Dok. 4: Ernährungs- und Wirtschaftsamt 1947/48.....	10
Dok. 5: Wiedergutmachungsausschuss 1945/46 .....	11
Dok. 6: Brennmaterialversorgung 1945/46.....	12
Dok. 7: Ernährungs- und Wirtschaftsamt 1948/49.....	13
Dok. 8: Hauptverwaltung 1945/46 .....	15
Dok. 9: Hauptamt 1948/49 .....	15
Dok. 10: Bauverwaltung 1948/49 .....	16
Dok. 11: Stadtkämmerei 1949/50.....	16
<b>2. Wohnraumbeschaffung</b> .....	<b>21</b>
Dok. 12: Wohnungsamt 1945/46.....	23
Dok. 13: Bauverwaltung 1948/49 .....	24
Dok. 14: Wohnungsamt 1947/48.....	24
Dok. 15: Wohnungsamt 1948/49.....	25
Dok. 16: Wohnungsamt 1949/50.....	26
Dok. 17: Bau- und Siedlungsamt 1949/50.....	27
Dok. 18: Wohnungsamt 1950/51.....	27
Tab. 1: Wohnungsbautätigkeit 1.7.1948 – 30.6.1952.....	28
Dok. 19: Bau- und Siedlungsamt 1952/53.....	29
Dok. 20: Wohnungsamt 1953/54.....	29
Dok. 21: Bau- und Siedlungsamt 1953/54.....	30
<b>3. Flucht und Vertreibung</b> .....	<b>34</b>
Dok. 22: Sozialamt 1947/48 .....	36
Dok. 23: Sozial- und Jugendamt 1948/49 .....	36
Dok. 24: Wohnungsamt 1952/53.....	36
Dok. 25: Sozial- und Jugendamt 1949/50 .....	37
Dok. 26: Flüchtlingsamt 1953/54.....	38
Dok. 27: Wohnungsamt 1953/54.....	39
Dok. 28: Vertriebenenamt 1954/55 .....	40
<b>4. Wiederanfänge demokratischer Politik</b> .....	<b>42</b>
Dok. 29: Hauptverwaltung 1945/46 .....	43
Dok. 30: Hauptamt 1948/49 .....	43
Dok. 31: Hauptamt 1952/53 .....	44

<b>5. Wiedererstarben des kulturellen Lebens .....</b>	<b>45</b>
<b>5. Wiedererstarben des kulturellen Lebens .....</b>	<b>46</b>
Dok. 32: Kulturamt 1947/48.....	48
Dok. 33: Kulturamt 1949/50.....	48
Dok. 34: Kultur- und Verkehrsamt 1951/52 .....	49
Tab. 2: Besucherzahlen Heimatmuseum 1945-1955 .....	51
Dok. 35: Heimatmuseum 1945/46 .....	51
Dok. 36: Heimatmuseum 1947/48 .....	52
Dok. 37: Heimatmuseum und Stadtarchiv 1948/49 .....	52
Dok. 38: Heimatmuseum und Stadtarchiv .....	53
Dok. 39: Heimatmuseum und Stadtarchiv 1953/54 .....	54
Tab. 3: Sonderschauen des Ratinger Heimatmuseums .....	54
Tab. 4: Volkshochschule .....	56
Dok. 40: Kulturamt 1947/48.....	56
Tab. 5: Volksbücherei/Stadtbücherei.....	57
Dok. 41: Volksbücherei 1945/46 .....	57
Dok. 42: Volksbücherei 1948/49 .....	58
Dok. 43: Stadtbücherei 1952/53.....	59
Dok. 44: Stadtarchiv 1953/54 .....	60
<b>6. Kriegsgefangene, Kriegsheimkehrer .....</b>	<b>64</b>
Dok. 45: Sozialamt 1947/48 .....	65
Dok. 46: Sozial- und Jugendamt 1948/49 .....	65
Dok. 47: Sozial- und Jugendamt 1949/50 .....	66
Dok. 48: Sozial- und Jugendamt 1950/51 .....	67
Dok. 49: Sozialamt 1955/56 .....	67
<b>Anhang .....</b>	<b>69</b>
Bevölkerungszahlen.....	69
Bürgermeister der Stadt Ratingen 1945-1955.....	69
Stadtdirektoren der Stadt Ratingen 1945-1955.....	69
Abkürzungsverzeichnis .....	70
Zum Weiterlesen .....	70

## Einleitung

Am 17. April 1945 übergab der Beigeordnete Jakob Germes die Stadt Ratingen an die amerikanische Militärregierung. Mit diesem Akt wurde das Ende des Zweiten Weltkrieges offiziell auch in der rechtsrheinischen Kleinstadt besiegelt.

In der „Stunde Null“ lag Ratingen in Trümmern – und dies nicht nur baulich. Ein Wiederaufbau war in allen Bereichen des öffentlichen Lebens nötig und bestimmte die folgenden Jahre. Erst mit dem Rechnungsjahr 1956 ist auch in Ratingen eine Aufwärtsentwicklung auf sämtlichen Gebieten des öffentlichen Lebens zu konstatieren.

Gerade die Entwicklungen der direkten Nachkriegszeit bis in die Mitte der 1950er-Jahre offenbaren sich als von besonderem zeithistorischem Interesse, weshalb sich die vorliegende Dokumentation bewusst auf die Jahre 1945 bis 1955 beschränkt. Tatsächlich bündeln sich wirtschaftliche und soziale Probleme in keiner Dekade so stark wie in den Jahren vor und nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Dieser Zeitraum, der in hohem Maße geprägt war von der Bewältigung existenzieller Probleme, von Brüchen und Kontinuitäten, von einer sich wandelnden Gesellschaftsform wie auch einer rasanten wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte, war bestimmend für die gesamte zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Das Ende des Zweiten Weltkrieges und die daran anknüpfenden Ereignisse wurden für Ratingen bereits aus verschiedenen Blickwinkeln dargestellt: Helmut Pfeiffer betrachtete in seinem 2003 veröffentlichten Bericht die Ratinger Zeitgeschichte mit dem subjektiven „Insider-Blick“ des Zeitzeugen<sup>1</sup>, Hermann Tapken verfasste in Zusammenarbeit mit Detlef Wörner ein Quellen- und Lesebuch<sup>2</sup>, das, wie auch die 2000 erschienene Stadtgeschichte „Ratingen 1780 – 1975“<sup>3</sup>, eine Vielfalt von Themen auf breit gefächelter Quellenbasis präsentierte. Aber auch singuläre Aspekte, wie etwa der Wohnungsbau<sup>4</sup> oder auch das Schicksal der Vertriebenen und Aussiedler<sup>5</sup> sind in den vergangenen Jahren näher erarbeitet worden.

Im Gegensatz zu den genannten Werken basiert die vorliegende Dokumentation auf nur einer einzigen Quellengattung, den Verwaltungsberichten, die einen ausschließlich „internen“ Blick auf die Geschehnisse werfen. Indem die Berichte der städtischen Verwaltung vielfach nüchtern, pragmatisch, technokratisch, ja teilweise sogar mitleidlos die lokalen Verhältnisse darstellen, gewähren sie einen tiefen Einblick in die Organisation der Nachkriegsverwaltung. Ergänzt werden die Verwaltungsberichte an geeigneter Stelle durch zeitgeschichtliche Archiv- und Bilddokumente aus den Beständen des Stadtarchivs Ratingen, die ebenfalls zur Erarbeitung herangezogen werden können.

---

<sup>1</sup> Pfeiffer, Helmut: „Die letzten Tage – die Stunde Null – der Neuanfang – das Wirtschaftswunder. Ein Zeitzeugenbericht (1945-1955), in: Ratinger Forum, Beiträge zur Stadt- und Regionalgeschichte, Heft 8 (2003), S. 234-333.

<sup>2</sup> Ratingen von 1945 bis 1949. Zusammenbruch, Not, Wiederaufbau in zeitgenössischen Zeugnissen, zusammengestellt und kommentiert von Hermann Tapken und Detlef Wörner, hrsg. v. Verein für Heimatkunde und Heimatpflege Ratingen e.V., Ratingen 1986.

<sup>3</sup> Bolenz, Eckhard u.a.: Ratingen. Geschichte 1780 bis 1975, hrsg. v. Verein für Heimatkunde und Heimatpflege Ratingen e.V., Essen 2000.

<sup>4</sup> Schöller, Oliver: Stadtplanung im sozialen Wohnungsbau am Beispiel der Großsiedlung Ratingen-West 1965-1975, in: Ratinger Forum, Heft 6 (1999), S. 205-276.

<sup>5</sup> Schumann-Rotscheidt, Renate (Bearb.): Vertriebene und Aussiedler im Kreis Mettmann. Von 1945-1985. Eine Dokumentation, hrsg. v. Oberkreisdirektor des Kreises Mettmann, Haan 1989.

Der Leser wird bereits bei Durchsicht des Inhaltsverzeichnisses feststellen, dass viele Themen, die in der Forschung zu den „klassischen“ Nachkriegsthemen gezählt werden (Kriegsende und Einmarsch der Alliierten, Entnazifizierung und Wiedergutmachung, Zwangsarbeit, Wirtschaftswunder etc.), in den städtischen Verwaltungsberichten nahezu unerwähnt bleiben und daher auch in dieser Dokumentation keine Erwähnung finden. Dies verdeutlicht zum einen die Arbeitsweise einer Verwaltung, zum anderen nicht zuletzt den „offiziellen“ Zeitgeist, in dem Nationalsozialismus und Krieg nahezu komplett ausgeblendet wurden. Auch kommt weder Dankbarkeit dafür zum Ausdruck, Nationalsozialismus und Krieg überwunden zu haben, noch für die Hilfe der Westalliierten auf dem Weg in eine demokratische Zukunft. Eher lassen sich tendenziell kritische Äußerungen gegenüber der britischen Besatzungsmacht feststellen.

Die Qualität der gewählten Quellengattung ist es also vielmehr, ein neutrales Bild der „Ist-Situation“ zu zeichnen, die schnörkellos Einblick gewährt in die tatsächliche wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung, den Wiederaufbau, die Anfänge demokratischer Politik und des kulturellen Lebens sowie des Schicksals der Heimatvertriebenen und Kriegsheimkehrer.

Die vorliegende Dokumentation bündelt die Ereignisse in diesem so wichtigen Zeitraum und sucht auf der Basis ausgewählter Quellen einen Überblick über einzelne Themenbereiche zu geben, ohne dabei jedoch ein fertiges Urteil zu präsentieren. Vielmehr verfolgt sie das Ziel, Anstoß zu sein, sich mit der Thematik auch weiterführend auseinanderzusetzen.

Die Dokumentation richtet sich vor allem an Lehrer und Schüler sowie an Interessierte, die sich aus den zur Verfügung stehenden Originalquellen ein Bild über die konkrete Situation vor Ort machen wollen. Eine jeweils knappe Einleitung zu den Kapiteln (sowie gelegentlich auch noch zu einzelnen Dokumenten) stellt den allgemeinen Zusammenhang her und bindet die zu dem jeweiligen Themenbereich ausgewählten Dokumente in den historischen Kontext ein. Bei den einzelnen Schriftstücken wurden zumeist Eingangs- und Schlussformeln weggelassen. Orthographie und Grammatik der Dokumente wurden beibehalten, um so den Originalcharakter zu bewahren. Die meisten Namen wurden aus Gründen des Personenschutzes abgekürzt. Textkürzungen werden mit (...) angezeigt. Den Sinn erläuternde Einfügungen sind in [ ] gesetzt.

Ratingen, im April 2006

Dr. Andrea Niewerth

Historikerin

## 1. Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung nach Kriegsende

Mit dem militärischen Zusammenbruch im April 1945 verband sich gleichermaßen ein wirtschaftlicher. Die Zeit nach der Kapitulation war vorrangig geprägt von Versorgungsnotständen der lokalen Bevölkerung sowie vom Wiederaufbau der städtischen Verwaltung und deren Organisation. (Dok. 1, 9)

Nachdem die allgemeine Ernährungssituation der Ratinger Bevölkerung 1945 zunächst gesichert schien (Dok. 2), verschärfte sie sich im Frühjahr 1946 (Dok. 3) und erreichte 1947/48 einen Tiefststand (Dok. 4). Hierfür war neben den durch Diebstähle bedingten Ausfällen vor allem der ungewöhnlich harte Winter 1946/47 ausschlaggebend. Hinzu kam ein Mangel an ausreichend warmer Bekleidung (Dok. 5) sowie ein Engpass in der Brennmaterialversorgung (Dok. 6). Erst mit Beginn des Rechnungsjahres 1948 besserte sich die Situation der lokalen Bevölkerung, wozu vor allem der Marshall-Plan beigetragen hat (Dok. 7). Zu Beginn der Berichtszeit 1949/50 lag schließlich ein Überangebot an sämtlichen Lebensmitteln vor und es wurde konstatiert: *„Die Schaufensterauslagen zeigen ein friedensmässiges Bild.“*<sup>6</sup>

Mit Kriegsende war auch die Information der lokalen Bevölkerung eingeschränkt: Zeitungen gab es nicht, der Rundfunk schwieg, alle amtlichen Bekanntmachungen wurden der Bevölkerung durch Anschlag zur Kenntnis gegeben (Dok. 8). Angesichts des Papier- und Maschinenmangels gestalteten sich die Anfänge der Printmedien schwierig: Bücher, Zeitungen und Zeitschriften mussten von der jeweils zuständigen Besatzungsmacht genehmigt werden, die Berichterstattung wurde kontrolliert, eine Lizenz der Besatzungsmächte war Voraussetzung, um eine Zeitung herauszugeben. Ab März 1946 erschienen dann wieder Tageszeitungen — ab dem 1. März 1946 die „Freiheit“, dem 2. März 1946 die „Rheinische Post“ und ab dem 9. März 1946 das „Rhein-Echo“.

Die am 20. Juni 1948 in den drei Westzonen durchgesetzte Währungsreform wurde schließlich zum prägenden Erlebnis der frühen Nachkriegszeit. Sie beseitigte den aus nationalsozialistischer Zeit stammenden, vervielfachten und durch die Westalliierten nochmals vermehrten Geldumlauf, der das Geld praktisch wertlos gemacht hatte (Dok. 10, 11). Nach einem von den Westalliierten zusammen mit deutschen Experten ausgearbeiteten Plan ist im Sommer 1948 die Reichsmark (RM) durch die Deutsche Mark (DM) ersetzt worden, wodurch die Grundlage für eine funktionierende Marktwirtschaft geschaffen wurde. Die Währungsreform hatte jedoch nicht nur ökonomisch positive Bedeutung, indem sie Bewirtschaftungsvorschriften und Kontrollen aufhob, sondern auch Schattenseiten: Die Preise explodierten innerhalb kürzester Zeit, die Lebenshaltungskosten stiegen um 17 Prozent, die Zahl der Arbeitslosen verdoppelte sich bis Dezember 1948, da beispielsweise in Ratingen an öffentlichem Personal alles abgebaut wurde, was sich aufgrund der gelockerten Bewirtschaftungspolitik einsparen ließ (Dok. 9).

---

<sup>6</sup> VB, Stadtamt 3, BZ 1.4.1949 – 28.2.1950, 15.6.1950, S. 1.

## **Dok. 1: Hauptverwaltung 1945/1946**

*Verwaltungsbericht Hauptverwaltung, Berichtszeit 1945/1946, o. Dat., S. 8 f.*

Bei dem Fliegerangriff am 22.3.1945 brannte das Rathaus grösstenteils aus. Die Verwaltungsstelle Kaiserswerther Str. 16 (Sozial- und Jugendamt) wurde total zerstört. Nur die Stadtkasse und die Vollzugspolizei konnten sich im Rathaus wieder behelfsmässig einrichten. Alle übrigen Amtsstellen mußten Ausweichunterkünfte beziehen. Das Sozial- und Jugendamt fand Unterkunft im Amtsgericht, die Kriminalpolizei im Trinsenturm, das Steuer- und Kriegsschädenamt bei der Kassenverwaltung der Stadtwerke, alle übrigen Amtsstellen im Städt. Gymnasium. Anfang Oktober 1945 mußte das Städt. Gymnasium wegen Aufnahme des Schulbetriebes geräumt werden. Das Rathaus war zu diesem Zeitpunkte grösstenteils wieder hergestellt. Das Ernährungs- und Wirtschaftsamt wurde in der früheren Luisenschule im stadteigenen Hause Friedrichstr. 20 untergebracht, während alle übrigen Amtsstellen wieder Unterbringung im Rathaus fanden. (...)

In der Geschäftsverteilung mussten sowohl durch den Anfall neuer Verwaltungsaufgaben, insbesondere nach Kriegsende, als auch durch die Entnazifizierung und andere Umstände wiederholt wesentliche Veränderungen vorgenommen werden. Für die Erledigung vieler Verwaltungsaufgaben stand zeitweise nur unvorgebildetes und unerfahrenes Personal zur Verfügung, was den Geschäftsgang ausserordentlich beeinträchtigte. Für Hauptamt, Sozial- und Jugendamt, Stadtkämmerei, Steuer- und Kriegsschädenamt stand mehrere Monate nur ein leitender Fachbeamter zur Verfügung, abgesehen davon, daß es durch die Vernichtung der Verwaltungsdienststelle Kaiserswerther Str. 16 und den Rathausbrand an fast allen Gesetzesvorschriften und Aktenvorgängen sowie auch an den notwendigen Büroeinrichtungen und Schreibutensilien mangelte. (...)

## **Dok. 2: Haushaltsplan 1945/46**

*Bericht zum Haushaltsplan 1945/46 gem. Verfügung vom 27.1.1947, S. 1 f.*

Mit dem Einmarsch der alliierten Truppen am 17.4.1945 wurde die Stadtverwaltung vor grosse Probleme gestellt. Eine der schwierigsten Aufgaben, die so oder so gelöst werden mussten, war die Ernährungsfrage. Von jedem Verkehr abgeschnitten, ohne jede Verbindung mit den überörtlichen Dienststellen, mit nur geringem Aushilfspersonal, musste die Ernährungsstelle Ratingen die ihr gestellten äusserst schwierigen Aufgaben lösen. Durch die Lahmlegung der Wirtschaftsverbände und der Kreis- und Landesbauernschaften wurde das Aufgabengebiet der Ernährungsämter wesentlich erweitert. Es galt in erster Linie dafür Sorge zu tragen, dass die aufgerufenen Lebensmittelmengen auch vorhanden waren. Durch scharf ausgeführte Kontrollen wurden die am Ort vorhandenen Lebensmittel erfasst und dem Verbraucher zugeführt. (...)

### Versorgungslage.

#### a ) Fleischversorgung.

Der im Sommer 1946 allgemein aufgetretene Fleischmangel wurde durch Heranschaffen von Schlacht und Nutztvieh, sowie durch einen sinn- und planvollen Austausch von Nutztvieh gegen Schlachtvieh von Ratingen abgewendet. (...)

### b) Milchversorgung.

Die Milchversorgung war im Jahre 1945 zufriedenstellend. (...)

### c) Nahrungsmittelversorgung.

Die Versorgung mit Nahrungsmitteln war im Jahre 1945 ausreichend. (...)

### d) Brotversorgung.

Im Jahre 1945 war die Brotversorgung normal. Die durch Feindeinwirkung stillgelegten Grossmühlen wurden durch Wiederinbetriebnahme der Kleinmühlen ersetzt. Durch Lieferungen von Auslandsmehl konnte die eigene Getreideernte gestreckt werden. (...)

### e) Kartoffelversorgung.

Die im Jahre 1945 frühzeitig eingeleitete Speisekartoffel-Einkellerungs-Aktion wurde durch eine Verordnung der Militärregierung unterbunden, sodass etwa 10.000 Personen im Stadtgebiet mit Einkellerungskartoffeln nicht versorgt werden konnten. Durch die Initiative der Ernährungsstelle wurde es ermöglicht, etwa 2.000 Ztr. Speisekartoffeln auf dem Kompensationswege unter grossen Schwierigkeiten aus der amerikanischen Zone herauszuschaffen. Im Jahre 1946 war die Versorgung mit frühen und mittelfrühen Kartoffeln gut. (...)

### f) Gemüseversorgung.

Die Gemüseversorgung im Jahre 1945 war zufriedenstellend. Die Frühgemüseversorgung 1946 war durch den Ausfall der Hollandware unzureichend. Die Versorgung mit Mittel- und Spätgemüse war gut.

(...)

## **Dok. 3: Haushaltsplan 1945/46**

*Bericht zum Haushaltsplan 1945/46 gem. Verfügung vom 27.1.1947, S. 3 ff.*

Die allgemeine Versorgungslage hat sich gegenüber dem Jahre 1945 wesentlich verschlechtert. Der Kaloriensatz in der 80. Zuteilungsperiode (vom 17.9. bis 14.10.1945) betrug 1.500, sank aber in der 87. Zuteilungsperiode auf 1.050 Kalorien. Mit Beginn der 94. Versorgungsperiode wurden dieselben jedoch wieder auf 1.550 erhöht. Hier muss bemerkt werden, dass die letztgenannten Kaloriensätze nur theoretisch zu bewerten sind. Tatsächlich hat der Versorgungsberechtigte durch Ausfälle an Kartoffeln, Gemüse, Nahrungsmittel und entrahmter Frischmilch diese Sätze in keiner Versorgungsperiode erreicht. Die von dem Landesernährungsamt aufgerufenen Warenmengen waren sehr oft nicht vorrätig, sodass bei der Bevölkerung starke Verärgerungen hervorgerufen wurden. (...)

Infolge der ausserordentlich grossen Notlage wurden umfangreiche Massnahmen auf dem Gebiete der Verteilung ergriffen, um eine gerechte und gleichmässige Verteilung zu gewährleisten. Alle, auch die unbedeutenden Produkte, die der Ernährung dienen, wurden bezugscheinmässig erfasst. (...)

## **Dok. 4: Ernährungs- und Wirtschaftsamt 1947/48**

*Verwaltungsbericht, Stadtamt 3, BZ 1.1.1947 – 31.3.1948, 28.6.1948, S. 1 ff.*

*Vor dem Krieg hatte die deutsche Landwirtschaft die Ernährung zu 80 Prozent sichern können, für 1946/47 wurde die Möglichkeit der Selbstversorgung nur noch auf 35 Prozent geschätzt, da etwa ein Viertel der landwirtschaftlichen Nutzflächen im Osten verloren gegangen war und außerdem infolge des Krieges die Ernte 1946/47 nur noch 50-60 Prozent der normalen Menge betrug.*

### A. Allgemeines.

Die Ernährungskrise hat in der Berichtszeit einen Tiefstand erreicht, wie nie zuvor. Das Missverhältnis zwischen Erzeugung, Erfassung, Verteilung und Verbrauch war so stark, dass zeitweise mit einem Zusammenbruch der gesamten Ernährungslage gerechnet werden musste. Der Zustand, dass Nordrhein-Westfalen ohne nennenswerte Vorräte auf Lieferungen der bizonalen Überschussländer oder das Ausland angewiesen war und diese Lieferungen teilweise ausblieben oder verspätet eintrafen, führten dazu, dass die Landesernährungsämter Bonn und Unna die Uebersicht verloren und Lebensmittel aufriefen, die nicht vorhanden waren. Die für die Bizone einheitlich festgesetzte Kalorienmenge betrug für den Normalverbraucher 1556. Diese wurden auch in den übrigen Ländern tatsächlich geliefert, während in Nordrhein-Westfalen dieser Satz nie erreicht wurde. Im Stadtgebiet betrug die durchschnittliche Kalorienmenge für den Normalverbraucher etwa 900 bis 1000 täglich. Diese Zustände lösten bei der Bevölkerung starke Empörung aus, die durch Hungerdemonstrationen und Protestaktionen zum Ausdruck gebracht wurde. (...)

### B. Brotversorgung.

(...) Unter Berücksichtigung, (...) dass der Wochenbedarf der hiesigen Bevölkerung bei einem Aufruf für den Normalverbraucher von 2.000 gr. 40 To. beträgt, war in den Januar- und Februar-Tagen 1947 nur noch für etwa 2 Wochen Brotgetreide vorhanden. Die Lieferungen von ausländischem Mais, Gerste und Hirse und der geringe Eingang von ordentlichem Mehl trug dazu bei, dass die Qualität des Brotes sehr schlecht war. (...)

### C. Kartoffelversorgung.

Die Bevölkerung wurde aus der Ernte 1946/47 zu 80 % mit 1 Ztr. und zu 60 % mit 2 Ztr. Einkellerungskartoffel versorgt. Die Hoffnung, dass die restliche Versorgung durch weitere Lieferungen aus den Ueberschussgebieten gedeckt wurden, scheiterten an den eigensüchtigen Sonderbestimmungen der Ueberschussländer. Die von den zonalen und bizonalen Stellen eingeleiteten Erfassungsaktionen kamen zu spät. Die zum Versand gelangten Speisekartoffeln fielen durch den stark einsetzenden Frost zu 50 % dem Verderb anheim. Mit der Früh- und Mittelfrühkartoffelernte besserte sich vorübergehend die Versorgung. Die Spätkartoffelernte war schlecht. (...)

### D. Fleischversorgung.

Mit Beginn der Berichtszeit bis zum Januar 1948 betrug die Zuteilungen für den Normalverbraucher 400 gr. je Versorgungsperiode. Bis Oktober 1947 konnte diese Menge überwiegend in Frischfleisch geliefert werden. Die dann einsetzenden Stockungen sind auf die übermäßige Trockenheit des Sommers 1947, die sich auf die Qualität des nur noch gering anfallenden Schlachtviehs stark auswirkten, zurückzuführen. Die Bevölkerung konnte in der Hauptsache nur noch mit Konserven und Fleischwaren versorgt werden. In den Monaten Februar und März 1948 brach die Fleischversorgung völlig zu-

sammen. Der gewährte Ausgleich in Fisch ist kein vollwertiger Ersatz. (...) Aus den heimischen Viehbeständen konnten nur noch 6 % des Bedarfs gedeckt werden.

#### E. Milchversorgung.

Der überaus harte und lange Winter, sowie die Dürre in den Sommermonaten 1947 hat besonders die Viehbestände der örtlichen und angrenzenden Landwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen. (...) Die Versorgung mit entrahmter Frischmilch war unzureichend. In den Wintermonaten 1947/48 besserte sich die E[rzeuger]-Milchversorgung durch Anlieferung von Milchpulver.

#### F. Fettversorgung.

Die Zuteilung von 200 gr. Fett je Versorgungsperiode für den Normalverbraucher konnte durch den geringen Anfall von Milch für die Butterproduktion und durch den zeitweisen Ausfall der Margarineproduktion nicht aufrechterhalten werden. In den Sommermonaten 1947 wurden die Rationssätze auf 150 gr. je Versorgungsperiode gesenkt. Mit der 110. bis 111. Versorgungsperiode, wo die Sätze auf 75 gr. herabgesetzt wurden, hatte die Fettkrise ihren Höhepunkt erreicht (...).

#### G. Gemüseversorgung.

Der Mangel an Frühgemüse ist auf den Ausfall der Hollandware zurückzuführen. (...) war die Gemüseversorgung bis November 1947 zufriedenstellend. Die Winterversorgung war unzureichend. Durch die schlechte Weisskohlernte war es nicht möglich, die Bevölkerung mit Einmachkohl zu versorgen. Die von überörtlichen Stellen gelieferten Mengen an Sauerkraut waren gering. Obst- und Gemüsekonserven wurden nur für einzelne Verbrauchergruppen angedient.

(...)

*Hatte der durchschnittliche Kalorienverbrauch in Deutschland im Jahre 1936 mit 3.113 Kalorien noch über der vom Völkerbund empfohlenen Norm von 3.000 Kalorien täglich gelegen, so war er bis zum Frühjahr 1945 allmählich auf 2.010 abgesunken, um 1946 bei 1.451 täglichen Kalorien einen Tiefstand zu erreichen, der regional und lokal sogar noch unterschritten wurde. Kalorienzahlen allein sagen jedoch nur wenig über die wirkliche Ernährungslage aus; entscheidend war auch der Mangel an tierischem Eiweiß und Fett.*

### **Dok. 5: Wiedergutmachungsausschuss 1945/46**

*Verwaltungsbericht, Abt. VIII Wiedergutmachungsausschuss, 19.6.1945 – 31.12.1946, o. Dat., S. 2 f.*

(...)

#### 4.) Sammlungen.

##### a.) Erste Kleidersammlung.

Am 2. und 3.7.1945 wurde von der Militärregierung eine Kleidersammlung angeordnet. Die Abtlg. VIII war mit der Durchführung für den Stadtbezirk Ratingen beauftragt. Als Sammler wurden 20 Bezirksvorsteher, 20 Bezirksarbeiter, deren Helfer, sämtlich Ange-

stellte der Stadtverwaltung, sowie andere ehrenamtliche Helfer (Lehrer usw.) eingesetzt.

Das von der Militärregierung auferlegte Abgabesoll betrug:

800 Männer-Garnituren  
140 Frauen-Garnituren  
60 Kinder-Garnituren (bis zu 10 Jahren)

Dieses Abgabesoll wurde erfüllt. Restbestände wurden an Bombengeschädigte und Flüchtlinge verteilt.

b.) Eine zweite Kleidersammlung wurde vom 19. bis 22.10.1945 durchgeführt. Das bei dieser Sammlung geforderte Abgabesoll war so hoch, dass sich die Sammlung bis Mitte Januar 1946 hinzog. Von der Militärregierung wurden folgende Kleider, Decken usw. verlangt:

3.500 Decken,  
ca. 2.500 Wäschestücke,  
" 600 – 650 P. Schuhe  
" 3.000 Herren-Bekleidung  
" 1.200 Stck. Damen-Bekleidung  
" 500 Stck. Kinder-Bekleidung  
(...)

Das Abgabesoll wurde damit nicht erfüllt. Im Dezember desselben Jahres wurden mehrere Nachsammlungen vorgenommen. (...)

Die mit der zweiten Kleidersammlung verbundene Geldsammlung brachte 33.691,15 RM ein. Dieser Betrag wurde für die Schulspeisung und zur Durchführung von Winterhilfsmassnahmen für die Sozialrentenempfänger verwandt.

Bei der zweiten Wintersammlung wurde ebenfalls eine Möbel- und Hausratssammlung durchgeführt. Das Ergebnis wurde an bedürftige Familien verteilt.

#### 5.) Verschiedenes.

Zur Versorgung der notleidenden Bevölkerung wurden Militärbekleidungsstücke gereinigt und gefärbt. Die entstandenen Unkosten in Höhe von RM 550,- wurden durch entsprechende Einnahmen wieder gedeckt.

(...)

### **Dok. 6: Brennmaterialversorgung 1945/46**

*Bericht über die Brennmaterialversorgung der Stadt Ratingen 1945/46, 14.2.1947*

*Zur Ernährungskrise kam die Kohlenkrise. Kohle war nicht nur der wichtigste Rohstoff der deutschen Industrie, sondern auch unerlässliche Voraussetzung eines funktionierenden Verkehrs- und Transportsystems sowie wichtigster Energieträger privater Haushalte. Darüber hinaus bildete Kohle einen der wesentlichen Exportposten der ersten Nachkriegsjahre.*

### A) Kohle:

Vom Tage des Zusammenbruchs der ehemaligen Wehrmacht an liegt die Kohlenverteilung restlos in den Händen der Militär-Regierung. Die Zuteilungen waren, ob es sich um Hausbrandkohle, wofür fast ausschliesslich Schlammkohlen verfügt werden, Industriekohle, Heizmaterial für Schulen, Behörden, Krankenhäuser usw. handelte, in jedem Falle unzureichend. Nur aufgrund dessen dass die Grossindustrie bis vor einigen Monaten ziemlich ausreichende Zuteilungen an Koks usw. hatte, war es möglich, die hiesigen Krankenhäuser, Schulen und öffentlichen Gebäude während der letzten beiden Heizperioden in Betrieb zu halten. Enorme Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung traten durch den strengen Winter 1946/47 ein, da die Schlammkohle festgefroren war und Fördermaschinen, Lokomotiven und sonstige Betriebsmittel versagten. Die auf dem Bahnwege zum Versand gekommenen Waggons waren durchschnittlich bis zu 50 % geplündert. Wegen der unzureichenden Zuteilung von flüssigen Treibstoffen und Reifen war es aber nicht möglich, die gesamten zugeteilten Kohlen im Landabsatz heranzuholen.

### B) Holz:

In Anbetracht der Tatsache, dass die hochwertigen Kohlen in erster Linie exportiert werden müssen und wir mit minderwertigen Brennstoffen bei weitem nicht zurecht kommen, wurde nach dem Kriege sofort mit der Reduzierung des Waldes begonnen, insofern, dass die walddreichen Städte eine Brennholzaktion einleiten mussten. Dies ist natürlich

1. ein ungesunder Zustand für den deutschen Wald,
2. für die hiesigen Öfen kein vollwertiger Hausbrand und
3. finanziell gesehen eine Sache, die sofort nach einer evtl. Geldreform einschlafen wird.

Die Schwierigkeiten des Einschlages von Brennholz liegen viel zu verzweigt und es gibt heute schon Familien, die nicht in der Lage sind, ihren Ztr. Holz zu kaufen. Im übrigen wird nach Aussagen der Forstfachleute höchstensfalls nur noch für einen Winter Brennholz vorhanden sein.

Mit einer zufriedenstellenden Brennstoffversorgung kann dann erst gerechnet werden, wenn der Kohlenexport wesentlich eingestellt wird und für den Transport genügend Waggons, Kfz., Treibstoff und Reifen zur Verfügung stehen.

## **Dok. 7: Ernährungs- und Wirtschaftsamt 1948/49**

*Verwaltungsbericht, Stadtamt 3, BZ 1.4.1948 – 31.3.1949, 8.8.1949, S. 1*

### Allgemeines

Mit Beginn der Berichtszeit ist der Tiefstand der Ernährungskrise überwunden. Durch den Anlauf des europäischen Hilfsplanes zeigte sich erfreulicherweise auf allen Gebieten des Ernährungssektors eine langsame aber beständige Besserung. Ebenfalls wurde durch die durchgeführte Währungsreform die Verkaufsfreudigkeit des Handels und der Landwirtschaft gesteigert. Die Kartoffel-, Gemüse- und Eierrationierung wurde mit Beginn der Ernte 1948 aufgehoben. (...)

Die Zuteilungen an den Normalverbraucher (Karte 11 pro V[ersorgungs]-P[eriode]) betragen:

	am 1.4.1948	am 31.3.1949
Brot	8000 gr.	10.000 gr.
Nährmittel	1350 gr.	1.625 gr.
Kartoffel	9000 gr.	nicht mehr rationiert
Fisch	600 gr.	1.000 gr., teilweise frei
Fleisch	425 gr.	400 gr.
Fett	265 gr.	750 gr.
Käse	62,5 gr.	125 gr. (Sauermilchkäse frei)
Zucker	1500 gr.	1.500 gr.
Gemüse	2000 gr.	Bewirtschaftung aufgehoben
Eier	2 Stück	" "

Der Rückgang von 25 gr. Fleisch ist darauf zurückzuführen, dass in den Monaten März/April durch den Weideauftrieb wenig inländisches Schlachtvieh anfällt.

(...)

## MITTEILUNGEN an die Bevölkerung von Ratingen

Diese Mitteilungen der Stadt Ratingen sind gegen eine Gebühr von 10 Rpf. in den Geschäften Kopfermann, Bahnstr. / Henn, Lintorfer Str. / Frunk, Markt / Klüpfel, Hindenburgstr. / Kellermann, Hindenburgstr. zu kaufen.

Nr. 5

1. Juni 1945

### Anordnungen der Militärregierung

Letztmalig wird darauf hingewiesen, daß Anordnungen und Befehle der Militärregierung sofort, d. h. also unter Zurückstellung aller anderen Arbeiten, ausgeführt werden müssen. Sie sind auch so auszuführen, wie sie verlangt werden, wenn Nachteile für die gesamte Bevölkerung vermieden werden sollen.

Jeder Mitbürger muß sich dessen bewußt sein.

Wegen Überschreitung von Anordnungen der Militärregierung mußten vom Militärgericht zahlreiche Einwohner zur Rechenschaft gezogen werden. Verhört wurden 90 Personen. Schuldig waren 77 Personen, 36 Personen erhielten eine Geldstrafe, 41 Gefängnisstrafen, 13 wurden für nicht schuldig befunden.

### Kartoffelkäfer suchen

Der Kartoffelkäfer ist in unserer Stadt in größeren Mengen gefunden worden. Die Schulkinder müssen deshalb restlos zur Bekämpfung dieses Schädling eingesetzt werden. Kinder, die sich bei der Suche besonders eifrig beteiligen, werden mit Süßwaren belohnt.

gestellt worden, daß aus Anlaß eines kleinen Schadens wesentlich größer neugebaut wurde als der frühere Zustand war. Derartige Verstöße beeinträchtigen die Hilfe für die übrigen geschädigten Mitbürger und müssen deshalb in Zukunft scharf gehandelt werden. Es muß allen Geschädigten geholfen werden soweit es in unserer Möglichkeit steht. Besondere Wünsche haben hierbei zurückzustehen. Das ist das Ziel der Verwaltung und der Zweck der Einsatzanordnung.

Die Einsatzanordnung hat ferner alle Baustoffe beschlagnahmt. Diese Beschlagnahmung erstreckt sich auch auf Baustoffe, die zum Ausbau von Luftschutzräumen gebraucht und jetzt entbehrlich geworden sind, wie Holz, Steine, Unterzüge usw. Diese Baustoffe sind dazu in der Regel aus Mitteln der Allgemeinheit bezahlt worden. Anspruch hierauf hat also ohne weiteres die Allgemeinheit und nicht ein einzelner oder eine Hausgemeinschaft.

### Für Gewerbetreibende

Zurückkehrende frühere Soldaten können ihr Geschäft oder ihren Gewerbebetrieb ohne weiteres wieder er-

## **Dok. 8: Hauptverwaltung 1945/46**

*Verwaltungsbericht, Hauptverwaltung, BZ 1945/1946, o. Dat., S. 13 f.*

Die Tageszeitungen, die wegen der zunehmenden Kriegsgefahr schon Ende März 1945 sehr unregelmäßig und zuletzt überhaupt nicht mehr erschienen, stellten mit dem Einmarsch der amerikanischen Besatzungstruppen ihr Erscheinen ganz ein. Es fehlten nun der Bevölkerung die gewohnten Informationsquellen. Hierdurch bemächtigte sich der Bevölkerung eine große Unsicherheit. Jeder Tag brachte zahlreiche neue Befehle der Militärregierung, die durch Anschlag an die Plakatsäulen und an den öffentlichen Gebäuden sowie auch durch Aushang in Amtsstellen und in den Geschäften zur allgemeinen Kenntnis gebracht wurden. Aber schon Ende April konnten sogenannte Mitteilungen für die Bürgerschaft gedruckt werden, die erstmalig unterm 29.4.1945 herausgegeben wurden. Zweck dieser Mitteilungen war, die Bevölkerung von den wichtigsten Befehlen, Verordnungen und Bekanntmachungen, vor allem der Militärregierung, in Kenntnis zu setzen. Sie erschienen insgesamt 5 mal, zuletzt am 1.6.1945 und wurden durch das am 23.6.1945 erstmalig erscheinende „Amtliche Mitteilungsblatt für den Landkreis Düsseldorf-Mettmann“ ersetzt. Von nun an fand die Unterrichtung der Bürgerschaft über alle Befehle, Anordnungen und Bekanntmachungen durch das Amtliche Mitteilungsblatt statt.

In der ersten Märzwoche 1946 erschienen wieder Tageszeitungen und zwar im hiesigen Stadtbezirk am 1.3.1946 die „Freiheit“, am 2.3. die „Rheinische Post“ und am 9.3.1946 das „Rhein-Echo“. Der städtische Informationsdienst hat die Tageszeitungen fortlaufend mit Berichten und Nachrichten aus der Verwaltung versehen und hierbei besonders auf eine Unterrichtung der Bevölkerung über die aktuellsten Verwaltungsaufgaben Bedacht genommen.

## **Dok. 9: Hauptamt 1948/49**

*Verwaltungsbericht, Hauptamt, BZ 1.4.1948 – 31.3.1949, o. Dat., S. 1*

Allgemeiner Überblick.

In der Berichtszeit stand das öffentliche Leben im Zeichen der großen politischen Auseinandersetzungen, deren Ausgang unser Schicksal und nicht nur das unsere, für die nächsten Jahre bestimmen wird. Es machte deutlich, wie sehr kommunales Leben und Kommunalpolitik in größere Zusammenhänge eingebettet sind, in die Fragen der Wirtschaftsordnung, von Lohn, Preis und Lastenausgleich, wie sie abhängen von der demokratischen staatlichen Neuordnung unter der Autokratie der Besatzungsmacht, von Demontage, Zonenvereinigung, Besatzungskosten, von der Lage in Berlin und im deutschen Osten und von allen sonstigen weltpolitischen Entscheidungen.

Die Armut unseres Volkes, die durch die Geldreform offenbar und für die Gemeinden besonders fühlbar gemacht worden ist, forderte eine zugleich wirksame und billige Verwaltungsarbeit. In Erkenntnis dieser Notwendigkeit war die Stadtverwaltung bestrebt, nach dem Währungsschnitt an Sachaufgaben und infolgedessen an Personal alles abzubauen, was sich auf Grund der Lockerung der Bewirtschaftungspolitik ersparen ließ. In dieser Hinsicht konnten vor dem Währungsschnitt, in der Zeit des Neuaufbaues, mit vielfach ungeschultem Personal und unter der Voraussetzung des Hungers nicht immer

höchste Ansprüche durchgesetzt werden. Die oft kritisierte Aufblähung des Personalbestandes geht durchweg auf die Kriegsfolgeämter zurück, während die normale Verwaltung häufig sogar schwächer besetzt ist als früher, so auch nachweisbar in Ratingen.

Die Ernährung der Bevölkerung und ihre Versorgung mit den notwendigen Bedarfsgütern erfuhr nach der Währungsumstellung nach Menge und Güte eine merkliche Besserung. Aber die Plötzlichkeit, mit der die Bewirtschaftungsvorschriften, durchweg ohne Fühlungnahme mit den Durchführungsstellen, gelockert oder aufgehoben wurden, führte verschiedentlich zu Übergangsschwierigkeiten, vor allem erfüllte die Entwicklung der Preise mit ernststen Sorgen.

Mit steigendem Befremden wurde die Entwicklung der Währung und Kreditpolitik verfolgt. Die Maßnahmen gegen Ende der Berichtszeit und die Pläne für die nächste Zukunft waren alarmierend sowohl für die nachhaltige Konsumgutversorgung zu angemessenen Preisen als auch für das Kreditwesen.

Der Lastenausgleich hat nicht nur seine allgemeinen finanziellen und sozialen Probleme, sondern für die kommunale Verwaltung nach Art und Umfang der Unterstützungsfürsorge besondere Bedeutung. Es wird sich bald zeigen, wie gering die Quote für die arbeitsunfähigen und mittellosen geschädigten Volksteile insbesondere für die Vertriebenen und Ausgebombten auch bei voller Ausgleichsbereitschaft und Redlichkeit aller Deutschen vorläufig nur sein kann.

Manche Befürchtungen, die vor der Geldneuordnung gehegt wurden, sind erfreulicherweise nicht Wirklichkeit geworden. Vor allem gilt das von den teilweise sehr düsteren Vorhersagen einer Arbeitslosigkeit. Andere Sorgen sind aber noch nicht gebannt. Zu ihnen gehört vor allem die Notwendigkeit eines ausgeglichenen Haushalts, der insbesondere die kulturelle Arbeit in ernste Schwierigkeiten brachte. (...)

### **Dok. 10: Bauverwaltung 1948/49**

*Verwaltungsbericht, Bauverwaltung, BZ 1.4.1948 – 31.3.1949, 1.10.1949, S. 1*

#### A. Allgemeines.

Das erste Viertel des Berichtsjahres lag im Höhepunkt des Verfalles der Reichsmarkwährung. Die hierdurch aufgetretenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten hatten ein Ausmaß, wofür eine Steigerung nicht denkbar war. Anschaffungen jeglicher Art gegen Bezahlung mit Geld waren Ausnahmen und Gegenleistungen oder Warentausch bildeten die Regel. (...)

### **Dok. 11: Stadtkämmerei 1949/50**

*Verwaltungsbericht, Stadtkämmerei, BZ 1.4.1949 – 31.3.1950, S. 1*

Die allgemeine Wirtschaftskrise und der ständig steigende Währungsverfall brachte für die gemeindliche Haushaltswirtschaft ungeahnte Schwierigkeiten. In immer stärkerem Maße hatte sich die Produktion wie auch im Gewerbe, Handwerk und Handel eine

„zweite Wirtschaft“ entwickelt, deren Ablauf sich außerhalb der gesetzlichen Kanäle vollzog. Die Verhältnisse hatten sich derart zugespitzt, daß die Stadtverwaltung den immer mehr zu Tage tretenden Notständen in all ihren Einrichtungen nicht mehr begegnen konnte. Nur mit unsäglicher Mühe gelang es die dringendsten Ersatzbeschaffungen, Reparaturen oder auch Bauarbeiten durchzuführen, weil das Geld wertlos geworden war.

In diesem Zustande des inneren Verfalls der Wirtschaft mit all seinen demoralisierenden Folgen erschien die Währungsreform als eine Hoffnung und eine wesentliche Voraussetzung, um den Weg für eine wirtschaftliche Gesundung einzuleiten. Die Voraussetzungen zu einer planvollen kommunalen Wirtschaft waren jetzt wieder gegeben. Nur mit ehrlichem Geld kann die öffentliche Haushaltswirtschaft wieder ordentlich geführt und planvoll gestaltet werden. (...)



Abb. 2: Bucheckernlese durch Schüler, um 1948

<b>H</b> 11 Febr.	<b>B</b> 4 11 Febr.	<b>T</b> 36 11 Febr.	<b>T</b> 35 11 Febr.	<b>L</b> 11 Nrh.-Westf. 408	<b>D</b> * 11 Jan.	<b>B</b> 4 11 Jan.	<b>T</b> 2 11 Jan.				
100 g W-Brot 11 Febr.	100 g W-Brot 11 Febr.	<b>G</b> 11 Febr.	500 g W-Brot 11 Febr. 6	500 g W-Brot 11 Febr. 5	Bundesrepublik Deutschland LEA Nrh.-Westf.	100 g W-Brot 11 Jan.	100 g W-Brot 11 Jan.	<b>C</b> * 11 Jan.	500 g W-Brot 11 Jan. 2		
100 g W-Brot 11 Febr.	100 g W-Brot 11 Febr.	100 g W-Brot 11 Febr.	100 g W-Brot 11 Febr.	100 g W-Brot 11 Febr.	<b>E</b> 134 Erwachsene üb. 16 Jahre Januar 1950	100 g W-Brot 11 Jan.	100 g W-Brot 11 Jan.	100 g W-Brot 11 Jan.	100 g W-Brot 11 Jan.	100 g W-Brot 11 Jan.	100 g W-Brot 11 Jan.
<b>FETT</b> <b>R</b> 11 Febr.	<b>BU</b> 23 11 Febr.	<b>BU</b> 22 11 Febr.	125 g Butter 11 Febr. 17			<b>FETT</b> 11 Jan. <b>R</b>	<b>Bu</b> 6 11 Jan.	<b>Bu</b> 6 11 Jan.			
<b>FETT</b> 11 Febr. <b>S</b>	250g Fett 11 Febr. <b>C</b>	250g Fett 11 Febr. <b>B</b>	250g Fett 11 Febr. <b>A</b>			<b>FETT</b> 11 Jan. <b>S</b>	250g Fett 11 Jan. <b>C</b>	250g Fett 11 Jan. <b>B</b>			
	15 11 Febr. <b>ZUCKER</b>	500 g <b>ZUCKER</b> 11 Febr. 13	500 g <b>ZUCKER</b> 11 Febr. 12				3 11 Jan. <b>ZUCKER</b>	500 g <b>ZUCKER</b> 11 Jan. 2			
<b>Z</b> 11 Nrh.-Westf. 505	<b>Fleisch</b> 27 11 Febr.	<b>Fleisch</b> 11 26 Febr.	<b>Fleisch</b> 25 11 Febr.		<b>Z</b> 11 Nrh.-Westf. 403	<b>Z</b> 11 Nrh.-Westf. 405	<b>Fleisch</b> 7 11 Jan.	<b>Fleisch</b> 6 11 Jan.			

Abb. 3: Essensmarken von 1950



Abb. 4: Verkaufsraum der Bäckerei Junker um 1950

# Aufforderung an die Bevölkerung der Stadt Ratingen

Um die alsbald in ihre Heimat zurückzusendenden Fremdarbeiter mit ordentlicher Ausstattung zu versehen, hat die Militärregierung eine strenge Requisition von Kleidungsstücken und Bedarfsgegenständen angeordnet. Es werden von der Bevölkerung der Stadt Ratingen 1000 komplette Garnituren verlangt, davon 800 für Männer, 140 für Frauen und 60 für Kinder bis zu 10 Jahren. Die Garnituren umfassen:

Mann	Frau	Junge	Mädchen
Jacke Hose Hemd Unterhemd Unterhose Socken (2 Paar) Stiefel (1 Paar) Schlafanzug od. Nachthemd Handtuch Teller oder Napf Becher oder Tasse	Damenmantel Kleid (od. Bluse und Rock) Hemd Schlüpfer Strümpfe (2 Paar) Schuhe (1 Paar) Schlafanzug od. Nachthemd Handtuch Teller oder Napf Becher oder Tasse	Rock Strickjacke Unterhemd Hemd Unterhose kurze Hose Socken (2 Paar) Stiefel (1 Paar) Schlafanzug od. Nachthemd Teller oder Napf Becher oder Tasse	Rock Kleid Bluse Unterhemd Unterrock Schlüpfer Spiellanzug Wollene Jacke Schlafanzug od. Nachthd. Windeln (2) Schuhe (1 Paar) Teller oder Napf Becher oder Tasse

Alle Kleidung soll möglichst neu, vollständig rein und gleich tragbar sein.

Daß diese Anordnung ein schweres Opfer für die Bevölkerung darstellt, ist jedem klar. Aber es muß in Anbetracht der Tatsache, daß die Fremdarbeiter gegen ihren Willen aus der Heimat verschleppt worden sind und die frühere Reichsregierung oftmals mit noch schärferen Maßnahmen vorgegangen ist, **unbedingt sofort und in ausreichendem Maße** gebracht werden.

**Montag, den 2. und Dienstag, den 3. Juli 1945 findet daher in allen Haushaltungen eine Sammlung durch Beauftragte der Stadtverwaltung statt.** Die Gegenstände sind ab Montag bereitzuhalten. Sie werden von Sammlern listenmäßig erfaßt. Es wird von jeder Haushaltung bestimmt erwartet, daß sie im Rahmen der äußersten Möglichkeit zu dieser Requisition beiträgt. Wo dieses nicht geschieht, haben die Sammler das Recht zur Beschlagnahme aller nicht unbedingt lebensnotwendigen Vorräte.

Wer seiner Opferpflicht nicht nachkommt, den Beauftragten Widerstand leistet, muß rücksichtslos der Militärregierung gemeldet werden und hat harte Bestrafung zu erwarten.

RATINGEN, den 30. Juni 1945

**Auf Befehl der Militärregierung:**

**Die Stadtverwaltung**

Perpet, L1007

Abb. 5: Flugblatt der Stadtverwaltung, 30.6.1945.



Abb. 6: Modevorführung mit einer Puppe  
am 1. Juni 1951



Abb. 7: Schuhhaus Löhnert 1956

## 2. Wohnraumbeschaffung

Ratingen war die am stärksten zerstörte Stadt im Kreis Düsseldorf-Mettmann. Bei Kriegsende waren 6.000 der rund 20.000 Einwohner obdachlos.<sup>7</sup> Neben der Wiederherstellung des öffentlichen Lebens waren die Jahre bis etwa 1953 daher vorrangig geprägt von der Behebung der Kriegsschäden sowie der Überwindung der „*katastrophalen Wohnraumnot*“ (Dok. 12). Entsprechend findet diese Thematik eine durchgehend breite Erwähnung in den städtischen Verwaltungsberichten.

Bereits 1949 waren in Ratingen alle Straßen, Wege und öffentlichen Plätze von Trümmern befreit; die restlichen, noch auf den zerstörten Grundstücken lagernden Trümmernmassen wurden im Zuge des Wiederaufbaus der Gebäude entfernt (Dok. 13). Nachdem bis 1949/50 die bestehenden Schwierigkeiten in der Materialbeschaffung behoben werden konnten, wurden nun Instandsetzungs- und Erneuerungsarbeiten in größerem Umfang durchgeführt. Mit Beginn der 1950er-Jahre setzte in Ratingen eine rege Bautätigkeit innerhalb des Stadtgebietes ein, seit 1953 ist ein gleichmäßiger Anstieg im Bausektor zu verzeichnen.

Abgesehen von einigen Einzelvorhaben lag der Schwerpunkt der städtischen Bautätigkeit nach 1945 zunächst im Wiederaufbau der kriegszerstörten stadteigenen Gebäude und der Schadensbeseitigung an gemeindlichem Eigentum. Darüber hinaus unterstützte die Stadt Ratingen Baugenossenschaften und Siedlergemeinschaften sowie private Bauvorhaben, wobei die Bauverwaltung als Bewilligungsbehörde ihre Aufgabe dahingehend verstand, Landes- und Fremdmittel zu beschaffen bzw. zu vermitteln, diese den Bauherren zur Verfügung zu stellen und sie in technischer und finanzieller Hinsicht zu betreuen.<sup>8</sup> Darüber hinaus zeichnete die Bauverwaltung verantwortlich für die infrastrukturelle Erschließung und Bereitstellung von Bauland, die Durchführung städtebaulicher Wettbewerbe und die Erstellung von Bebauungsplänen. Insgesamt wurde in Ratingen der Wohnungsbau mit Hilfe von Landesdarlehen, Zuschüssen aus Soforthilfemitteln, Vermittlung von Hypotheken und steuerbegünstigter Darlehen der Industrie mit „*äußerster Kraft*“ gefördert.<sup>9</sup> Dabei lag seit Kriegsende der Schwerpunkt zunächst auf dem Wiederaufbau zerstörter Gebäude, seit Anfang der 1950er-Jahre dann vor allem in der Förderung der Wohnraumbeschaffung durch Neubau, insbesondere von Mehrfamilienhäusern und Kleinsiedlungen, im Berichtsjahr 1950/51 kamen erstmals auch viele Eigenheimbauten zur Durchführung (Dok. 14-18).

Besonders umfangreich gestaltete sich die Tätigkeit zur Förderung des Siedlungswesens. Mit Beginn der Amtsdauer der Stadtvertretung am 26. November 1948 wurde zur

---

<sup>7</sup> Zum Bereich der Wohnungsnot in der direkten Nachkriegszeit siehe auch Schöller, Stadtplanung, S. 212 ff.

<sup>8</sup> VB, Bau- und Siedlungsamt, BZ 1.4.1951 – 31.3.1952, S. 16.

<sup>9</sup> So z.B. das „Wohnungsnotprogramm“ 1947/48, das aus Landesmitteln bezuschusst und durch die Zuteilung von Baustoffen gefördert wurde. Hierzu ist auch die Förderung des Wohnungsbaus durch die so genannte „kleine Steuerreform“ zu zählen. Die Novelle zum 1. Wohnungsbaugesetz, die so genannte kleine Steuerreform, sah vor, dass private Bauherren ab dem 1.6.1953 uneingeschränkt die Möglichkeit hatten, beim Bau von Eigentumswohnungen, Eigenheimen und Kleinsiedlungen von jedem beliebigen Steuerpflichtigen unverzinsliche Baukredite aufzunehmen, ohne, dass die bezuschusste Wohnung vom Geldgeber bzw. seinem Arbeitnehmer oder Angehörigen bezogen werden musste. Hinzukommend wurde die Höchstgrenze für derartige Förderungen von DM 7.000,-- auf DM 10.000,-- je Wohnung heraufgesetzt und eine Höchstmiete für die mit nicht öffentlichen Mitteln finanzierten Wohnungen (bisher DM 1,50) nicht mehr vorgeschrieben. Siehe VB, Bau- und Siedlungsamt, BZ 1.4.1953 – 31.3.1954, 10.8.1954, S. 18.

Behebung der Wohnraumnot und zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus eine Wohnraumbeschaffungsaktion auf freiwilliger Grundlage beschlossen, die eine Spitzenfinanzierung ermöglichen sollte und sich durch die Gewährung von Baudarlehen erfolgreich und entlastend auswirkte. Das Siedlungs- und Kleingartenwesen hat durch die Erlasse der Landesregierung und des Ministers für Wiederaufbau vom 5. und 25. März 1947 besondere Förderung erfahren. (Dok. 19-21). Für Siedlungs- und Kleingartenzwecke sind bereits 1947 insgesamt 50.288 qm Land erworben worden, auf denen 138 Siedlerstellen und 304 Kleingärten angelegt werden sollten.<sup>10</sup>

---

<sup>10</sup> Siehe VB, Stadtverwaltung Ratingen, BZ 1.4.1947 – 31.3.1948, 16.5.1948, S. 3.

**Dok. 12: Wohnungsamt 1945/46**

Verwaltungsbericht, Wohnungsamt, BZ 17.4.1945 – 31.12.1946, 6.2.1947, S. 1 ff.

*Bei Einsetzen der Bombenangriffe auf Ratingen wurden hier 6.331 Wohnungseinheiten gezählt. Insgesamt waren im April 1945 852 Gebäude mit 2.223 Wohnungen beschädigt und 121 Gebäude mit 264 Wohnungen zerstört. Vom gesamten Bestand waren dies 28,5 % der Gebäude bzw. 35 % der Wohnungen. 1949 waren 471 Wohnungen noch nicht instand gesetzt.<sup>11</sup>*

Als am 17.4.45 die amerikanischen Truppen in Ratingen einzogen, war die Lage auf dem Wohnungsmarkt als katastrophal zu bezeichnen. Durch den konzentrischen Fliegerangriff auf Ratingen vom 22.3.45 und die damit verbundenen Zerstörungen lag im Stadtgebiet eine geradezu ungeheuerliche Raumnot vor. Mit den unzulänglichen Vorschriften der Wohnraum-Lenkungs- und Wohnraum-Versorgungs-Verordnung war eine wirksame Steuerung des Wohnungs-Elendes einfach nicht möglich. Das Wohnungsamt war daher gezwungen, Mittel und Wege zu suchen, um auf schnellstem Wege die erforderlichen Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen. Zu diesem Zweck gab die Stadtverwaltung im Einvernehmen mit der Militär-Behörde am 30.4.45 auf dem Verfügungswege Richtlinien zur Wohnraumversorgung der luftkriegsbetroffenen Bevölkerung der Stadt Ratingen heraus. (...) Mit Hilfe dieser Richtlinien gelang es nicht nur die schlimmsten Fälle der Fliegekatastrophe in kürzester Zeit zu beheben, sondern auch auf dem Gebiete des Wohnungswesens einen Rechtszustand zu schaffen und die ziemlich weit eingerissene Rechtlosigkeit zu beseitigen. (...)

Der im Sommer 1946 einsetzende offizielle Flüchtlingsstrom zeitigte naturgemäß eine weitere Verschlechterung des Wohnungsmarktes. Da eine sofortige Unterbringung in Privatunterkünften unmöglich war, musste dieser Strom vorerst in Sammelquartieren aufgefangen werden, von wo aus dann nach und nach je nach Anfall von Wohnraum die Ueberführung in Privatquartiere erfolgte. (...) Das Haupthindernis ist in dem vorherrschenden Mangel an Mehrraumwohnungen zu erblicken, und dürfte die endgültige Lösung dieser Frage von der Neu- bzw. Wiederherstellung von Wohnräumen abhängig sein, weil es sich bei den nicht in Sammelquartieren untergebrachten Flüchtlingen meistens um vielköpfige Familien handelt.

Die Verständnislosigkeit mit welcher die Einwohner der Stadt vielfach den Bestrebungen des Wohnungsamtes bei der Beschaffung von Unterkünften entgegentritt und der ständige Kampf des Wohnungsamtes mit den sich alltäglich wiederholenden und ständig niederzuringenden Widerständen, führte im Januar 1946 in Uebereinstimmung mit § 11 der Regierungsverordnung vom 31.8.45 zur Errichtung einer Schlichtungsstelle für die Regelung von Streitfällen. (...)

Ueber den Umfang der beim Einmarsch der alliierten Streitkräfte vorherrschenden Raumnot mögen folgende Zahlen Auskunft geben:

Beim Einsetzen der Bombenangriffe auf Ratingen zählte das Stadtgebiet 6 331 Wohnungseinheiten. Hiervon wurden während des Krieges 2 223 Wohnungen zerstört bzw. so beschädigt, dass sie zu Wohnzwecken nicht mehr verwendungsfähig waren. Gestützt auf die vorerwähnte Verordnung konnten in der Berichtszeit bisher 1402 Wohnungen mit 3189 Räumen durch das Wohnungsamt erfasst und Wohnungssuchenden

<sup>11</sup> Zahlen nach: VB, Wohnungsamt, o. Dat. (1947), S. 2; VB, Bauverwaltung, BZ 1.4.1948 – 31.3.1949, 1.10.1949, S. 13.

zur Verfügung gestellt werden. Von der Militärregierung wurden während der Berichtszeit 71 Wohnungen mit 344 Räumen, 11 gewerbliche Unternehmen und 4 öffentliche Einrichtungen in Anspruch genommen.

Als Wohnungssuchende sind zur Zeit noch 380 Parteien [=] 1121 Personen gemeldet. Hierzu kommen noch 85 Flüchtlinge, die sich noch in Sammellager befinden und 1107 Personen, die nur notdürftig untergebracht sind. Die Gesamtzahl der Wohnungssuchenden beträgt gegenwärtig 2228 Personen.

Wie sich aus Vorstehendem ergibt, muss der Wille zur Wohnraumeinschränkung, wenn eine weitere Verschärfung des Notstandes verhindert werden soll, noch sehr gefördert werden und hat das unbedingt notwendige Verständnis für die Lage der Wohnungssuchenden zur Voraussetzung. Der unbegründete und meistens nur selbstsüchtigen Motiven entspringende Widerwille zur Abgabe- und Meldepflicht von Wohnraum, sowie die Ausschöpfung aller nur erbotenen Rechtsmittel, die die Lockerung des Wohnungsmarktes nur unnötig erschwert und die Zuteilung von Wohnraum aufhält, muss überwunden werden. (...)

### **Dok. 13: Bauverwaltung 1948/49**

*Verwaltungsbericht, Bauverwaltung, BZ 1.4.1948 – 31.3.1949, 1.10.1949, S. 13*

(...)

Trümmerbeseitigung.

Von den nach Kriegsschluß im Stadtgebiet lagernden Trümmermassen mit 31.200,- cbm wurden bis zum Ende des Berichtsjahres insgesamt 26.204,- cbm entfernt, sodaß sich jetzt noch 4.996,- cbm Trümmer auf den zerstörten Grundstücken befinden. Die Straßen, Wege und Plätze im gesamten Stadtgebiet sind restlos von Trümmern befreit.

(...)

### **Dok. 14: Wohnungsamt 1947/48**

*Verwaltungsbericht, Wohnungsamt, BZ 1947/48, 24.5.1948, S. 1 f.*

(...)

In Ermangelung der Durchführungsmöglichkeiten eines solchen Programms [umfangreiches Neu- bzw. Wiederinstandsetzungsprogramm, Anm. d. Verf.] steht das Wohnungsamt heute der Tatsache gegenüber, dass die Zahl der Wohnungssuchenden während der Berichtszeit nicht abgenommen, sondern im stetigen Ansteigen begriffen ist, und heute bereits die abnormal hohe Zahl von 3.327 Wohnungssuchenden erreicht hat. Sie ist gegenüber dem Vorjahre – 2.228 – während der Berichtszeit um 1.099 oder rund 33 % gestiegen.

Diese Zahl rekrutiert sich

1. aus den Wohnungssuchenden, die in die amtlichen Listen eingestuft sind,

2. aus den nur notdürftig Untergebrachten, deren Wohnmöglichkeit als so beengt anzusehen ist, dass anderweitige Unterbringung als zwingend notwendig erscheint.

Die Zahlen der unter 1. aufgeführten betragen:

In Gruppe A – das sind politisch Verfolgte, Ausgebombte und Flüchtlinge – gegenwärtig noch 8 Einzelpersonen und 94 Haushalte mit 275 Personen. Hiervon befinden sich zur Zeit noch 2 Einzelpersonen und 3 Familien mit 8 Personen in Sammelunterkunft.

In Gruppe B – das sind alle sonstigen Wohnungssuchenden – 49 Einzelpersonen und 340 Haushalte mit 878 Personen.

Zur Unterbringung dieser beiden Gruppen werden allein 1.210 Räume benötigt.

Die Zahl der unter 2. aufgeführten Personen beträgt 2.117, so dass insgesamt 3.327 Personen als menschenunwürdig untergebracht festzustellen sind.

Die Ursache dieser Entwicklung ist zunächst zu suchen in der stetig anwachsenden Einwohnerzahl. (...)

Der Grund der Bevölkerungszunahme ist darin zu erblicken, dass die Ausgebombten der benachbarten Großstädte sowie legale und illegale Flüchtlinge in grosser Zahl in der Stadtgemeinde Zuflucht suchten, während der Wohnraumabgang auf das Kriegsgeschehen zurückzuführen ist.

### Dok. 15: Wohnungsamt 1948/49

*Auszug aus dem Verwaltungsbericht 1948/49, Wohnungsamt, BZ 1.4.1948 – 31.3.1949, o. Dat., S. 1 f.*

#### Kriegsschäden und Instandsetzungen.

	Einwohner am 1.9.1939	Gebäude	Wohnungen
<b>1.) Vorkriegsstand</b>	20.256	2.098	6.075
<b>2.) Kriegsschäden</b>			
a)       – 15 %		227	711
16 – 40 %		391	1.090
41 – 60 %		93	158
über 60 %		141	264
<b>insgesamt:</b>		852	2.223
b) Unbeschädigt blieben:		1.246	3.852
<b>3.) Instandsetzungen     bzw. Wiederaufbauten     bis zum 31.3.1949</b>			
– 15 %		227	711
16 – 40 %		289	994
41 – 60 %		14	47
über 60 %		-	-
		530	1.752

Beschädigt, bzw. zerstört sind gegenwärtig noch 322 Häuser mit 471 Wohnungen, deren Wiederaufbau nur zum Teil möglich ist. (...)

Seit Kriegsende wurden fertiggestellt an Neubauten:

33 Häuser mit 44 Wohnungen.

Ausserdem 6 Siedlungshäuser mit 12 Wohnungen.

(...)

Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen 7,46 qm Wohnraum.

	Wohnungssuchende	Einwohnerzahl <sup>12</sup>
1.4.48	3.314	22.745
1.7.48	3.302	22.897
1.10.48	3.259	23.073
1.1.49	3.247	23.271
31.1.49	3.266	23.463
	3.278 Durchschnitt	Zunahme der Einwohnerzahl 718

(...)

## Dok. 16: Wohnungsamt 1949/50

*Verwaltungsbericht, Wohnungsamt, BZ 1.4.1949 – 31.3.1950, 4.10.1950, S. 1 ff.*

(...)

Am 31.3.1950 waren 5.567 Wohnungseinheiten vorhanden. Hiervon:

Küchen	unter 10 qm	956
Küchen	über 10 qm	4.577
Wohnräume	unter 6 qm	730
Wohnräume	über 6 qm	<u>13.701</u>
Gesamträume		<u>19.964</u>

Die Zahl der Notunterkünfte betrug am 31.3.1950 305 Räume.

Die Zahl der gewerblich genutzten Küchen bzw. Wohnräume betrug zum gleichen Zeitpunkte 708 Räume.

Die Zahl der der Besatzungsmacht zur Verfügung gestellten Wohnungen betrug am 31.3.1950 = 61 Wohnungen mit 309 Räumen.

(...)

Während die Gesamtzahl der Wohnungssuchenden am 31.3.1949 = 3.266 betrug, waren es am 31.3.1950 = 3.473. Trotz der regen Bautätigkeit muß also die Feststellung getroffen werden, dass sich die Zahl der Wohnungssuchenden im Berichtsjahr um 207 Personen erhöht hat.

(...)

<sup>12</sup> Die hier aus dem VB übernommenen Einwohnerzahlen weichen zum Teil von den in anderen VB entnommenen und hinten zu einer Übersicht zusammengeführten Zahlen ab.

Flüchtlingslager waren am 31.3.1950 in Ratingen 2 vorhanden, (...).

Zwei weitere Notunterkünfte mussten am Schluß des Berichtsjahres für zu erwartende Vertriebene bereitgestellt werden. (...).

Wie aus dem vorstehenden Zahlenmaterial ersichtlich ist, hat sich die Wohnraumlage im abgelaufenen Berichtsjahr trotz der regen Bautätigkeit nicht gebessert. (...)

### **Dok. 17: Bau- und Siedlungsamt 1949/50**

*Verwaltungsbericht, Bau- und Siedlungsamt, BZ 1.4.1949 – 31.3.1950, 20.7.1950, S. 1*

#### A. Allgemeines.

Im Bericht des Vorjahres ist schon gesagt, dass die im Juni 1948 vollzogene Währungsreform günstige Anzeichen in Bezug auf die Stabilisierung der Baupreise hinterlassen hat und hierdurch Hoffnungen auf Belebung des Wohnungsbaues berechtigt seien. In dieser Voraussicht wurde das Schwergewicht der Tätigkeit des Bau- und Siedlungsamtes auf die Förderung des Wohnungsbaues gelegt. Der Beschluß der Stadtverwaltung vom 25. Nov. 1948, wodurch die Stadtverwaltung beauftragt wurde, zur Milderung der Wohnraumnot das Menschenmögliche zu unternehmen, sollte Erfüllung finden. Der Weg zu diesem Ziel mußte breit ausgebaut werden, damit ein großer Interessentenkreis zur finanziellen Grundlage gefunden wurde und alle örtlichen wie auch überörtlichen Möglichkeiten erschöpft werden konnten. Der Wiederaufbau zerstörter Wohnungen, der soziale Wohnungsbau auf genossenschaftlicher Grundlage und das Kleinsiedlungswesen wurden zur gleichen Zeit mit allen zur Verfügung stehenden Kräften und Mitteln gefördert. Diese Förderung bestand zunächst in der Klärung der Finanzierungsfrage – Beschaffung von erststelligen und zweitstelligen Hypotheken, öffentlichen und privaten Baukostenzuschüssen, Mietvorauszahlungen usw. – , dann aber auch in der Beratung der Bauherrn, in der Anschaffung von Bauland, Verhandlungen mit Grundstücksnachbarn usw. (...) Als eine besonders segensreiche Einrichtung zur Spitzenfinanzierung im Wohnungsbau muß die Schaffung des Bau- und Siedlungsfonds erwähnt werden. Schon im ersten Jahr konnte vielen Bauherrn und Wohnungssuchenden mit Mitteln aus diesem Fonds aus einer verzweifelten Lage zu dem Glück der ersehnten Wohnung verholfen werden. (...)

### **Dok. 18: Wohnungsamt 1950/51**

*Verwaltungsbericht, Wohnungsamt, BZ 1.4.1950 – 31.3.1951, 20.11.1951, S. 1 f.*

Maßgebend für die Wohnraumbewirtschaftung ist das Gesetz Nr. 18 der Alliierten Kontrollbehörde vom 8.3.1946, das Landeswohnungsgesetz vom 23.1.1950, die hierzu ergangene Durchführungsverordnung vom 9.3.1950 und das 1. Bundeswohnungsbaugesetz vom 24.4.1950. Im Gegensatz zu der bisher geltenden Regelung ist die Neugestaltung des Wohnungswesens durch ein Gesetz vorgenommen worden. Kernstück des ersten großen Bauprogramms ist der soziale Wohnungsbau. Zu ihm gehört nur der Bau solcher Wohnungen, die nach Größe, Ausstattung und Mieten für die breiten Schichten des Volkes bestimmt und geeignet sind. Im Rahmen dieses Programmes ist die Errich-

tung von Eigenheimen und Kleinsiedlungen sowie von Mietwohnungen in Ein- und Mehrfamilienhäusern durch Neubau, durch Wiederaufbau zerstörter oder Wiederherstellung beschädigter Gebäude unter Einsatz öffentlicher Mittel vorgesehen. Die unter den Begriff des sozialen Wohnungsbaues fallenden Wohnungen unterliegen auch weiterhin der Zwangsbewirtschaftung. Eine gewisse Lockerung ist aber insofern eingetreten, als dem Bauherrn auf Antrag für den Eigenbedarf die von ihm ausgewählte Wohnung und ein Raum mehr zuzubilligen ist, als ihm nach seinen persönlichen, familiären und beruflichen Bedürfnissen zustehen würde. Das gleiche gilt für einen Wohnungssuchenden, der zu der Finanzierung der Wohnung selbst oder durch einen Dritten einen nach seinem Einkommen und Vermögen angemessenen Beitrag leistet. (...)

Das Ausmaß der Zerstörungen und den Zuwachs der Bevölkerung im Stadtbezirk Ratingen und den sich als Folge zeigenden Wohnraumbedarf erläutert nachstehende Übersicht

Bevölkerungszahl		Vorhandene Wohnungen	
20.256	1939	6.075	
20.594	1945	3.852	
24.439	1950	5.567	
25.920	1951	5.853	
[27.392	1952	6.185] <sup>13</sup>	

Gegenüber 1939 ist die Bevölkerungszahl um 5.664 gestiegen und die Zahl der vorhandenen Wohnungen um 222 gefallen. Aus dem Mißverhältnis der Bevölkerungszahl zum vorhandenen Wohnraum ergibt sich für das Jahr 1951, daß 5.664 Einwohner unzureichend untergebracht sind. (...)

Von der Besatzung sind noch 50 Wohnungen mit 312 Räumen beschlagnahmt. Die Zahl der vorgemerkten wohnungssuchenden Familien beträgt 1.186 mit 3.558 Personen. (...)

**Tab. 1: Wohnungsbautätigkeit 1.7.1948 – 30.6.1952** (zusammengestellt von Oliver Schöller nach den Verwaltungsberichten)<sup>14</sup>

Jahr	Wiederaufbau		Genossenschaftl. Wohnungsbau		Kleinsiedlungen		Privater Wohnungsbau		Wohnungsbautätigkeit der Industrie	
	Wohnungen	Wohnräume	Wohnungen	Wohnräume	Wohnungen	Wohnräume	Wohnungen	Wohnräume	Wohnungen	Wohnräume
1948	62	194	18	50	36	126	41	129	–	–
1949	247	715	30	90	28	98	84	280	13	82
1950	124	434	74	218	76	266	214	789	56	196
1951	12	129	30	83	2	7	203	740	65	195
1952	14	60	138	398	–	–	144	432	16	48
Insges.	459	1532	290	839	142	497	686	2370	150	521

<sup>13</sup> Zahlen für 1952 ergänzt aus VB, Wohnungsamt, RJ 1951, 16.7.1953, S. 1.

<sup>14</sup> Schöller, Stadtplanung, S. 216.

**Dok. 19: Bau- und Siedlungsamt 1952/53**

*Verwaltungsbericht, Bau- und Siedlungsamt, BZ 1.4.1952 – 31.3.1953, 27.7.1953, S. 1*

**A. Allgemeines**

Die durch den Krieg verursachten umfangreichen Zerstörungen einerseits und der Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen andererseits stellte die Bauverwaltung auch im Berichtsjahr weiterhin vor städtebauliche Aufgaben großen Ausmaßes.

Nicht allein die Förderung des Wiederaufbaues der kriegszerstörten Wohnräume und der sonstigen baulichen Anlagen, sondern auch die Aufschließung von neuem Baugelände sowie vielseitige Maßnahmen zur Schaffung fehlender Wohnstätten und Arbeitsstätten, insbesondere für Heimatvertriebene, standen im Mittelpunkt des Baugeschehens.

Die der Stadt Ratingen auferlegte Unterbringung von Umsiedlern, Durchgangslager- und Sowjetzonenflüchtlingen, dazu die entsprechenden Zweckbindungen des größten Teiles der bereitgestellten öffentlichen Wohnungsbaumittel, gaben dem örtlichen Wohnungsbau eine andere Richtung. Ausgehend von dem Gedanken, mit wenig Mitteln in kurzer Zeit den größtmöglichen Erfolg zu erreichen, wurde das Wohnungsbauprogramm auf Schaffung von Wohnungen in großen Wohnblocks für Unterbringung der zugewiesenen Vertriebenen ausgerichtet.

Da aufgrunddessen der Förderung des Eigenheimbaues mit öffentlichen Mitteln nur in sehr beschränktem Maße Raum gegeben war, mußte deren Finanzierung zum großen Teil auf Eigen- und Fremdmittel verschiedenster Art (...) beschränkt bleiben. Dazu wurden hier Mittel aus dem Wohnungsbaufonds der Stadt Ratingen verstärkt zur Schließung der Finanzierungslücken eingesetzt. Zur Förderung von Kleinsiedlungen blieben im Berichtsjahr die öffentlichen Mittel ganz aus. Auf dem freien Kapitalmarkt zeigten sich ebenfalls manche Engpässe bei der Hergabe von Baudarlehen gegen erste Hypotheken. (...)

(...)

**Dok. 20: Wohnungsamt 1953/54**

*Verwaltungsbericht, Wohnungsamt, RJ 1953, BZ 1.4.1953 – 31.3.1954, 21.3.1955, S. 1*

Das im Verwaltungsbericht 1952 erwähnte Wohnraumbewirtschaftungsgesetz ist am 31.3.1953 erlassen und am 1.7.1953 in Kraft getreten. Dieses Gesetz bezweckt die Ablösung des Kontrollratsrechts durch deutsches Recht, die Lockerung der Wohnraumbewirtschaftung in dem jetzt schon vertretbaren engen Rahmen sowie eine Verwaltungsvereinfachung. Die Wohnraumbewirtschaftung gehört aber nach wie vor bei einem Fehlbestand von rd. 4 Mill. Wohnungen innerhalb des Bundesgebietes und rd. 1500 Wohnungen im Stadtbezirk Ratingen zu den schwierigsten Verwaltungsaufgaben. Am 31.3.1954 waren 1843 Familien für mehrräumige Wohnungen und 298 Einzelpersonen für Einzelräume vorgemerkt. (...)

## **Dok. 21: Bau- und Siedlungsamt 1953/54**

*Verwaltungsbericht, Bau- und Siedlungsamt, BZ 1.4.1953 – 31.3.1954, 10.8.1954, S. 1, 4, 19*

### A. Allgemeines

(...)

Der Schwerpunkt der gesamten Bautätigkeit lag weiterhin in der Wohnraumbeschaffung und im Berichtsjahre vorwiegend durch Neubau, während die Zahl der durch Wiederaufbau erstellten Wohnungen erheblich hinter der der Neubauwohnungen zurückblieb.

Verstärkt eingesetzte Bundesmittel gaben der Förderung größeren Raum, jedoch durch vermehrte Zweckbindungen eine besondere Richtung. Während der überwiegende Teil der Wohnungsbaumittel den Unterbringungsmaßnahmen besonderer Personengruppen vorbehalten war, blieb die Schaffung freier (nicht zweckgebundener) Wohnungen infolge der geringen echten Schlüsselstellen vorwiegend der freien Finanzierung überlassen. Erfreulicherweise war die Förderung mit öffentlichen Mitteln im Berichtsjahre stärker auf Eigentumsmaßnahmen ausgerichtet. Das im Jahre 1948 begonnene Siedlungsprogramm fand mit der Förderung von 12 weiteren Kleinsiedlerstellen und 25 Eigenheimen für Siedler, anstelle von Siedlerstellen, einen guten Abschluß.

Die verstärkte Bereitstellung öffentlicher Mittel und deren Ergänzung durch steuerbegünstigte Privatmittel gaben dem sozialen und auch dem freien Wohnungsbau einen beachtlichen Erfolg.

(...)

### 4. Siedlungswesen

Das im Jahre 1948 begonnene Siedlungsprogramm, das ursprünglich im Jahre 1953 seinen Abschluß finden sollte, konnte zwar in der Förderung, jedoch noch nicht in der Fertigstellung zu Ende geführt werden. Die Tätigkeit auf dem Gebiete des Siedlungswesens war im Berichtsjahre besonders umfang- und erfolgreich.

Wenn auch im Laufe des Jahres nur 4 Kleinsiedlerstellen des Siedlervereins Ratingen 1947 und 8 Siedlerstellen des Siedlervereins St. Marien unter der Trägerschaft der Gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaft gefördert wurden, so konnte doch für die restlichen, als Kleinsiedlerstellen geplanten Bauvorhaben aus finanzierungstechnischen Gründen eine Förderung und Finanzierung als Eigenheime ermöglicht werden.

Auf diesem Wege wurden 15 Eigenheime des Siedlervereins 1951 (Flüchtlinge) und 11 Eigenheime d. Siedlervereins 1945 unter der Trägerschaft der Rheinischen Heimstätte G.m.b.H. Düsseldorf gefördert und mit ihrem Bau bereits begonnen. Bei Ablauf des Berichtsjahres war der größte Teil der Bauvorhaben im Rohbau fertiggestellt. Die Finanzierung erfolgt mit zweckgebundenen Landesmitteln, Lastenausgleichsmitteln, i. Hypotheken des privaten Kapitalmarktes sowie Eigenmitteln und in der Spitze mit Mitteln des Wohnungsbaufonds. Die Einliegerwohnungen sind in allen Fällen Umsiedlern und Sowjetzonenflüchtlingen vorbehalten.

(...)

LOS  
№ 900003

**STADION RATINGEN**

Am Sonntag, 10. Februar 1952, Beginn 15 Uhr

# Das große Spiel

zu Gunsten des Wiederaufbaues der Stadt Ratingen

**NWDR Köln mit René Deltgen**  
stellt sich einer **Ratinger Prominenten-Elf**

Schirmherrschaft: Bürgermeister Tack  
Stadtdirektor Dr. Hallauer  
Pfarrer Rath  
Pfarrer Jung  
Direktor Habermann  
Kaufmann W. Werdelmann  
Kaufmann Max Isenbügel

**Eine große Verlosung ist mit dem Spiel verbunden**

**Programm, Eintritt und Los**  
im Vorverkauf 1,— DM, an der Kasse 1,50 DM

**Das Programm berechtigt allein zum Eintritt**

Abb. 8: Am 10. Februar 1952 führte die Stadtvertretung gegen den Nord-Westdeutschen Rundfunk zugunsten des Wiederaufbaus ein so genanntes „Großes Spiel“ durch, das insgesamt rund DM 12.000,— einbrachte.



Abb.9: Schützenstraße, 1943



Abb. 10: Oberstraße 2-8 mit  
St. Peter und Paul, 1945



Abb. 11: Grundstein-  
legung Bruchstraße,  
um 1948



Abb. 12: Bruchstraße, 1953



Abb. 13: Volkswohnungsbau 1952

### 3. Flucht und Vertreibung

Die Potsdamer Konferenz der „Großen Drei“ – der führenden Staatsmänner der drei Hauptsiegermächte USA (Truman), Großbritannien (Churchill bzw. Attlee), Sowjetunion (Stalin) – am 17. Juli 1945 hatte die Abtretung eines Viertels des deutschen Territoriums zugunsten Polens und der Tschechoslowakei beschlossen. Gleichzeitig einigte man sich auf eine „Überführung“ der deutschen Bevölkerung aus diesen Gebieten sowie aus Ostmittel- und Südosteuropa.

Ende Oktober 1946 wurden in den vier Besatzungszonen über 9,6 Millionen Heimatvertriebene gezählt. Die britische Zone, zu der auch Ratingen gehörte, hatte am 1. April 1947 einen Bevölkerungszuwachs von 3,67 Millionen (oder 18 Prozent) gegenüber 19,8 Millionen Einwohnern im Jahre 1939 zu verzeichnen. Die Gesamtbilanz nennt schließlich rund 15 Millionen Menschen, die nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft das Schicksal von Flucht und Vertreibung betraf<sup>15</sup> – es war die größte Völkerwanderung der Geschichte. Den Hauptteil mussten die Agrarländer Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern tragen, weil dort die Ernährung und Unterbringung eher möglich war als in den Industriegebieten. Aber auch in Nordrhein-Westfalen waren von 100 Einwohnern 13 so genannte „Entwurzelte“.

Neben Wohnraum und Arbeit suchten die Vertriebenen vor allem Entschädigung für erlittene Verluste und Unterstützung in existenzieller Not.<sup>16</sup> Die Forderung nach einem Lastenausgleich unter den von Krieg und Nachkriegsfolgen unterschiedlich stark betroffenen Deutschen beherrschte daher die sozialpolitische Diskussion der ersten Nachkriegsjahre. Im August 1949 trat zunächst das „Gesetz zur Milderung sozialer Notstände“ („Soforthilfe“) in Kraft; am 14. August 1952 sah dann das so genannte Lastenausgleichsgesetz (LAG) für Flüchtlinge, Kriegsgeschädigte, Währungsgeschädigte und politisch Verfolgte Hilfen zum Lebensunterhalt, zur Beschaffung von Hausrat, zum Wohnungsbau, zum Aufbau einer Existenz und zur Berufsausbildung vor. Finanziert wurden diese Leistungen durch eine „Soforthilfeabgabe“ in Höhe von zwei bis drei Prozent der abgabepflichtigen Altvermögen (also das am Stichtag der Währungsreform vorhandene Vermögen). Damit versuchte das LAG, den entstandenen Schaden aus dem Vermögenszuwachs der Ungeschädigten auszugleichen. Die soziale und wirtschaftliche Integration sollte schließlich das am 5. Juni 1953 in Kraft getretene „Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge“, das so genannte Bundesvertriebenengesetz (BVFG), regeln.<sup>17</sup> Obgleich die sozialen Probleme zunächst kaum lösbar schienen, ist die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge als eine der großen gesellschaftlichen Leistungen Deutschlands nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges anzusehen.

---

<sup>15</sup> Von ihnen hatten etwa zwei Millionen Menschen im Verlaufe oder als Folge von Flucht und Vertreibung, die häufig mit äußerster Brutalität durchgeführt wurde, da man sie als einzelne haftbar machte für die Gräueltaten, welche die Nazis den europäischen Völkern zugefügt hatten, ihr Leben verloren.

<sup>16</sup> Der private Vermögensverlust durch die Vertreibung aus dem Osten wurde auf 62 Mrd. Reichsmark (RM), der private Sachschaden durch den Luftkrieg in Deutschland auf 27 Mrd. RM geschätzt. Demgegenüber gab es in den Westzonen Millionen von Grund- und Hausbesitzern, Firmeninhabern, Aktionären und Schuldengewinnern, die im Krieg wenig oder gar nichts verloren hatten.

<sup>17</sup> Hiernach wurden als Vertriebene all diejenigen definiert, die als Folge der deutschen Niederlage im Zweiten Weltkrieg in den Ostgebieten des Deutschen Reiches oder anderen Ländern zur Aufgabe ihrer Heimat gezwungen worden sind. Flüchtlinge sind nach Gesetzesdefinition hingegen Personen, die aus der sowjetischen Besatzungszone in die Bundesrepublik (einschließlich West-Berlin) geflüchtet sind.

---

Neben den durch den Krieg hervorgerufenen Zerstörungen verursachte vor allem der seit Herbst 1945 auch nach Ratingen zunehmende Strom an (Heimat-)Vertriebenen und Flüchtlingen einen erheblichen Wohnraummangel (Dok. 22). Damit war die Wohnraumbeschaffung auch unter diesem Aspekt die städtebauliche Aufgabe der 1940er- und 1950er-Jahre. Nachdem die Menschen bei ihrer Ankunft vorübergehend in sieben Sammelunterkünften untergebracht werden mussten, konnte im März 1949 zunächst das letzte dieser Lager aufgelöst werden (Dok. 23). Allerdings mussten aufgrund einer wieder ansteigenden Flüchtlingszahl wegen der Ereignisse um den 17. Juni 1953 (Volksaufstand in der DDR) wieder Sammellager geschaffen werden (Dok. 24). Insgesamt hat die Umsiedlung der Vertriebenen wie auch die sich darum rankenden Probleme um illegale Flüchtlinge, die Rückführung sowie die vielfältigen, auf lokaler Ebene umzusetzenden Bestimmungen das öffentliche Leben der 1940er- und 1950er-Jahre bestimmt (Dok. 25-28).

**Dok. 22: Sozialamt 1947/48**

*Verwaltungsbericht, Sozialamt, RJ 1947/48, 15.6.1948, S. 3*

(...)

D) Flüchtlingsfürsorge.

Eine der Hauptsorgen der Flüchtlingsstelle war die Versorgung der Flüchtlinge mit Bedarfsgütern und die Unterbringung der in Lägern untergebrachten bzw. täglich neu eintreffenden Flüchtlinge in geeignete Wohnungen. (...) In Betreuung standen am Anfang der Berichtszeit 1138 Personen, davon waren noch 110 in 3 Sammelunterkünften. Am 31.3.1948 war die Zahl der zu Betreuenden auf 1163 gestiegen, wovon sich allerdings nur noch 11 Personen an diesem Tage in einer Unterkunft befanden. (...)

**Dok. 23: Sozial- und Jugendamt 1948/49**

*Verwaltungsbericht, Sozial- und Jugendamt, RJ 1948, 10.10.1949, S. 3 f.*

(...)

6. Sonderfürsorge.

(...) Am 31.3.49 konnte das letzte der 7 bestandenen Gemeinschaftsläger aufgelöst und somit rückblickend gesagt werden, dass in Gemeinschaftsarbeit mit dem Wohnungsamt die in 7 Transporten nach Ratingen geschleusten insges. 334 Ortsvertriebenen alle in Wohnungen eingewiesen werden konnten. Der Zustrom an Flüchtlingen hielt auch in der Berichtszeit an. Während der Stand der Flüchtlinge am 1.4.48 noch 1.163 betrug, verzeichnete die Statistik am 31.3.49 bereits 1.437 Vertriebene.

Dieser enorme Zugang an Vertriebenen erklärt sich hauptsächlich durch zwischenzeitlich erfolgte Familienzusammenführungen, das Heranziehen von Verwandten und der Zustrom illegaler Grenzgänger.

Da das Gesetz zum Lastenausgleich bisher nicht genehmigt wurde, machte sich auch weiterhin eine fühlbare Unzufriedenheit fast sämtlicher Ortsvertriebener mit Recht bemerkbar.

Abschliessend wird bemerkt, dass es auch weiterhin das Bestreben des Flüchtlingsamtes sein wird, die Interessen der Flüchtlinge mit allen Mitteln und allem Nachdruck zu vertreten.

(...)

**Dok. 24: Wohnungsamt 1952/53**

*Verwaltungsbericht, Wohnungsamt, RJ 1952, 20.10.1953, S. 1 f.*

(...) Besondere Schwierigkeiten ergaben sich bei der wohnungsmäßigen Unterbringung von Flüchtlingen aus der sowjetisch besetzten Zone. Mit Verfügung der Kreisverwaltung vom 17.1.1952 wurde die Stadtverwaltung angewiesen, im Rahmen der Errichtung von Wohnungsbauten im Umsiedlungsprogramm I/52 = 15 Wohnungseinheiten für Durch-

gangslagerflüchtlinge zu erstellen und 75 Personen aus Hauptdurchgangslagern aufzunehmen. Obwohl die vorgesehenen Mittel des Bundes für Wohnungsbauten den Aufnahmegemeinden noch nicht zur Verfügung standen, wurde wegen Überfüllung der Aufnahmelager mit der Überweisung der Flüchtlinge begonnen. Die ersten am 10.6.1952 eingetroffenen Flüchtlinge mußten daher notdürftig mit Ordnungsverfügung vorübergehend in Privatquartieren untergebracht werden. Für die später eingetroffenen Flüchtlinge wurden Hotelräume und vorübergehend die Jugendherberge in Anspruch genommen. U. a. wurde auch die Wärmestube auf dem Schulhof an der Minoritenstraße mit 2 Flüchtlingsfamilien belegt, die sich am Ende des Berichtsjahres noch dort befanden. Mit Verfügung der Kreisverwaltung vom 14.2.1953 wurde das vorläufige Aufnahmesoll an Durchgangslagerflüchtlingen für 1953 auf 75 Personen festgesetzt. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, daß die Gemeinden voraussichtlich monatlich pro 1000 Einwohner einen Sowjetzonenflüchtling aufzunehmen hätten. Mit Verfügung vom 2.3.1953 wurden der Stadtverwaltung weitere 140 Flüchtlinge für 1953 zur Unterbringung zugeteilt. Am 9.3.1953 erging ein Bundesgesetz über Leistungen zur Unterbringung von Deutschen aus der sowjetischen Besatzungszone oder dem sowjetisch besetzten Sektor von Berlin (Flüchtlings-Notleistungsgesetz). Auf Grund dieses Gesetzes beschlagnahmte das Wohnungsamt am 17.3.1953 bei der Firma Heilmann & Littmann in Düsseldorf eine am Felderhof gelegene Holzbaracke vorläufig auf die Dauer von 5 Monaten zur Unterbringung von 40 Flüchtlingen und am 26.3.1953 bei Frau M[...] einen im Hause Suitbertusstraße 7 gelegenen saalähnlichen Raum von 120 qm zur Unterbringung von 30 Flüchtlingen. Die Schaffung weiterer Sammellager wird für die im Jahre 1953 zugeteilten 215 Flüchtlinge erforderlich sein.

(...)

## **Dok. 25: Sozial- und Jugendamt 1949/50**

*Verwaltungsbericht, Sozial- und Jugendamt, RJ 1949, 30.6.1950, S. 4*

(...)

### G. Flüchtlingsbetreuung.

#### 1. Allgemeines.

(...) Von der Zahl der Zugänge sind bis auf die mit Verfügung vom 13.6.1949 zugewiesenen 30 Personen ausgenommen einigen Einzelreisenden der Rest im Zuge der Familienzusammenführung nach Ratingen zugewandert. Beim täglichen Publikumsverkehr kann man überblicken, dass nur 10 bis 15 % der aus dem Osten illegal über die Grenze Einströmenden "echte Flüchtlinge" sind, d.h. solche, deren Leib und Leben bedroht wurden. Weitere 50 bis 60 % sind "harmlose Grenzgänger" die entweder mit ihrer Familie zusammengeführt werden wollen oder die von den besseren Lebensbedingungen in der Bundesrepublik angezogen wurden. Nach den vorliegenden Gesetzen und Bestimmungen ist festgelegt, wer bleiben und Aufnahme finden kann. Mit Rund-Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten vom 7.2.50 sind die illegalen Grenzgänger, welche nicht aufgenommen werden sollen – Durchreisende – beim hiesigen Flüchtlingsamt zu erfassen.

(...)

#### 2. Flüchtlingsbewegung in der Berichtszeit.

Im März 1949 wurden 1474 Flüchtlinge registriert, am 1. April 1950 1995.

Es ist ein Zugang von 654 und ein Abgang aus der Gemeinde Ratingen von 133 Flüchtlingen zu verzeichnen.

## Dok. 26: Flüchtlingsamt 1953/54

*Verwaltungsbericht, Stadtamt 4 (Flüchtlingsamt), BZ 1.4.1953 – 31.3.1954, 4.8.1954, S. 1 ff.*

Das Gesetz zu Art. 131 vom 11.5.1951, das Gesetz über den Lastenausgleich vom 14.8.1952 sowie die Massenabwanderung aus der sowjetischen Besatzungszone erforderten mit zwingender Notwendigkeit eine Koordinierung der auf Landesebene bestehenden Flüchtlingsgesetzgebung.

Es galt, die vielfältigen Flüchtlingsbegriffe auf einen einheitlichen Nenner zu bringen, die in den Flüchtlingsgesetzen der Länder und anderen Vorschriften des Bundes enthalten sind.

Das am 19.5.1953 verkündete und am 5.6.1953 in Kraft getretene Bundesvertriebenen-gesetz -BVFG- beseitigte diesen Zustand und schaffte für das Bundesgebiet einschl. Berlin -(West)- einheitliche Begriffsbestimmungen.

Diese Neuerung erforderte eine verschärfte Überprüfung der Flüchtlingseigenschaft und die Ausstellung neuer Flüchtlingsausweise. Die Fortschreibung der Flüchtlingszahlen endete mit dem 30.9.1953, die Neuerfassung der Vertriebenen erfolgte ab 1.10.1953.

### Flüchtlingsbewegung:

Stand am	1.4.1953	3.739 Flüchtlinge
" "	1.10.1953	<u>3.989 Flüchtlinge</u>
	Zugang	250 Flüchtlinge

Der Zugang von 250 registrierten Personen setzt sich zusammen	
aus 50 Umsiedlerfamilien =	195 Personen
durch Freizügigkeit und Flüchtlings-	
eigenschaft nach Landesrecht =	<u>55 "</u>
	<u>250 Personen</u>

Ohne Anrechnung auf das Soll wurden in landeseigener Zuständigkeit durch das Lager Wipperfürth eingewiesen:

a.) Arbeitsvermittlung	32 Personen ohne Anrechnung
b.) Familienzusammenführung	19 " " "
c.) Jugendliche	22 " " "
d.) Zuwanderung ohne Aufent-	9 " " "
haltungsgenehmigung	

---

82 Personen

Zwangszuweisungen durch das Lager	234 Personen
Massen unter Anrechnung auf das	
Aufnahmesoll	
Gesamtzugang in der Berichtszeit:	<u>566 Personen.</u>

Aufgabengebiet:

1. Flüchtlingseigenschaft und Flüchtlingsausweise,
2. Umsiedlung,
3. Mütter- u. Kindererholungskuren,
4. Ausbildungsbeihilfen und Vertriebenenkredite,
5. UNICEF-Spenden,
6. Flüchtlingslager,
7. Rückführung von Evakuierten,
8. Flüchtlingsbeirat.

Zu 1.) Flüchtlingseigenschaft und Flüchtlingsausweise.

Das BVFG sieht drei Gruppen von Vertriebenen vor: Vertriebene, Heimatvertriebene und Sowjetzonenflüchtlinge (S. BVFG § 1-4). (...)

Zu 2.) Umsiedlung.

Aus der Umsiedlungsaktion 1951 wurden 8 Familien und aus der Aktion 1952 42 Familien in Neubauten untergebracht. (...)

(...)

Zu 6.) Flüchtlingslager.

Mit Beginn der Berichtszeit unterhielt das Flüchtlingsamt für zwangseingewiesene Flüchtlinge drei Flüchtlingslager und zwar die Flüchtlingsunterkünfte Hauser-Allee 1a, Felderhof 9 und Suitbertusstr. 7. Auf Grund der laufenden Zwangszuweisungen mussten zwei weitere Unterkünfte geschaffen werden. (...)

Zu 7.) Rückführung von Evakuierten.

Die Rückführung der Evakuierten erfolgt in einem behördlich gelenkten Rückführungsverfahren. Nach den Bestimmungen des Bundesevakuiertengesetzes vom 14.7.1953 haben die Flüchtlingsämter die Rückführung durchzuführen. Bis Ende der Berichtszeit wurden 30 Anträge auf Rückführung ausgegeben, 7 Anträge entgegengenommen und 2 auswärtige Anträge bearbeitet.

(...)

**Dok. 27: Wohnungsamt 1953/54**

*Verwaltungsbericht, Wohnungsamt, RJ 1953, 21.3.1955, S. 3 f.*

(...)

Umfangreiche Verwaltungsarbeit verursacht die Umsiedlungsaktion. Seit dem Jahre 1950 wird die Umsiedlung von Heimatvertriebenen aus den Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern in andere, in geringerem Maße mit Vertriebenen und Flüchtlingen belegte Länder des Bundesgebietes als staatliche Lenkungsmaßnahmen in ständig wachsendem Umfange durchgeführt. Wie lange eine solche Notwendigkeit noch bestehen wird, ist zur Zeit noch nicht abzusehen. Die Entscheidung wird u. a. wesentlich davon abhängen, wie in Zukunft die Umsiedlungsaktion durch andere Geschehnisse, wie etwa die verstärkte Aufnahme von Sowjetzonenflüchtlingen, die nach wie vor in Massen die Zonengrenze überschreiten, gestört wird. Der Bundestag hat sich in den vergangenen Jahren mehrfach mit der Umsiedlung von Heimatvertriebenen aus den 3 Abgabeländern befasst und dabei beschlossen, dass zunächst 900000 Heimat-

vertriebene umzusiedeln seien. Von diesen Umsiedlern hat das Land Nordrhein-Westfalen nahezu die Hälfte zu übernehmen. Inzwischen wurde wenigstens erreicht, dass eine Umsiedlung nur insoweit durchzuführen ist, als rechtzeitig die finanziellen Voraussetzungen für die Erstellung der erforderlichen Wohnungen geschaffen werden. Der Umsiedler wird erst abgerufen, wenn die für ihn vorgesehene Neubauwohnung fertiggestellt ist. Während die Umsiedlungsaktion 1952 endgültig abgewickelt ist, konnte die Umsiedlungsaktion 1953, die für Ratingen 75 äußere und 20 innere Umsiedlerfamilien umfasste, noch nicht zur Hälfte durchgeführt werden.

Durch den gemeinsamen Runderlaß vom 21.5.53 ist außer der Umsiedlung aus den 3 Abgabeländern (äußere Umsiedlung) die innere Umsiedlung (innerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen) 1953 geregelt. Stärker als bisher sollen jedoch im Rahmen der inneren Umsiedlung die Familienzusammenführung, insbesondere der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, sowie entsprechend den Bestimmungen des Evakuiertengesetzes die Rückführung der Evakuierten an ihre Heimatorte Berücksichtigung finden.

(...)

## **Dok. 28: Vertriebenenamt 1954/55**

*Verwaltungsbericht, Vertriebenenamt, BZ 1.4.1954 – 31.3.1955, 28.9.1955, S. 2 ff.*

(...)

### Umsiedlung.

Die eingereichten Umsiedlungsanträge werden beim Flüchtlingsamt registriert. In Zusammenarbeit mit dem Wohnungsamt werden die neuerstellten Wohnungen vergeben. Der Abruf sowie der Bericht über eingetroffene Umsiedler wird vom Flüchtlingsamt gefertigt. In den ersten 2 Tagen sind die Umsiedler zu verpflegen und bei nicht vorhandenen bzw. verspätetem Eintreffen des Hausrates für Übernachtung Sorge zu tragen. Die Transportkosten werden ab Endstation des Aufnahmeortes von hier übernommen und auf Kriegsfolgemittel verbucht.

In der Berichtszeit wurden 46 Familien mit 173 Personen umgesiedelt und in Neubauten untergebracht.

(...)

### Aufnahme und Unterbringung von Zwangseingewiesenen.

In der Berichtszeit wurde der Stadtgemeinde Ratingen ein Aufnahmesoll von 180 Personen auferlegt. Bis zum 31.3.1955 wurden davon 73 Personen aufgenommen und in den einzelnen Notunterkünften untergebracht.

### Flüchtlingslager

(...) Die im Jahre 1953/54 eingerichteten Notunterkünfte Felderhof 10, Am Schüttensdick 1a, Am Sandbach 20 und die Turnhalle Jahnstr. 7 sowie das Altwohnlager Hauser Allee 1a konnten nicht aufgelöst werden, da ein weiteres Aufnahmesoll von 180 Personen der Stadt Ratingen auferlegt worden ist.

Am 31.3.1955 waren die Unterkünfte wie folgt belegt:

Hauser Allee 1a	21 Personen
-----------------	-------------

Felderhof 10	34	"
Am Schüttensdiek 1a	20	"
Am Sandbach 20	40	"
Jahnstr. 7	48	"
<u>insges.</u>	<u>163</u>	<u>Personen</u>

Das Fassungsvermögen der Lager beträgt insgesamt 194 Personen. Die Lager sind in Wohnkabinen eingeteilt. Die Unterbringung erfolgt Familienweise. Bei Belegung mit kleinen Familien entsteht dadurch eine Differenz zwischen Soll und Ist. – Die Unterkünfte sind voll ausgelastet. –

Abgänge durch Einweisungen in ordentliche Wohnungen führten nicht zur Entlastung der Lager, da die Kreisverwaltung uns dementsprechend weitere Familien zugewiesen hat.

Die Bewohner zahlen einen Unterhaltsbeitrag im Durchschnitt je Kabine 5,- DM. Der Stromverbrauch geht zu Lasten der Bewohner.

(...)

### Illegale Zuwanderer.

Ein großer Teil der illegalen Zuwanderer besteht aus Jugendlichen, welche nach den Bestimmungen der Notaufnahme bis zum 24. Lebensjahre berücksichtigt werden. Die eingewanderten Jugendlichen gelangen hier zur polizeilichen Anmeldung. (...) Die genaue Zahl der Einwanderer wird hier statistisch nicht erfaßt.

### Beirat für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen.

Der Flüchtlingsbeirat hat die Interessen der Vertriebenen und Flüchtlinge wahrzunehmen. Er hat vornehmlich darüber zu wachen, daß die Vorschriften des Vertriebenengesetzes wirksam zur Anwendung kommen. (...)

(...)

LAND NORDRHEIN - WESTFALEN  
**Flüchtlings-Ausweis**  
zu Nummer  
B 04709  
des Personalausweises der Britischen Zone  
(nur gültig bei dessen gleichzeitiger Vorlage)  
Vor- und Zuname  
(bei Frauen auch Mädchennamen)  
Rattingen  
(Wohnort - Aufnahmegemeinde)  
Am kl. Rhein 26  
(Düsseldorf-Mettmann)  
Düsseldorf-  
(Kreis)  
(Regierungsbezirk)  
Verlust des Ausweises ist sofort zu melden  
Flüchl.-Gruppe  
A  
Ausweisliste Nr.  
3493

BUNDESREPUBLIK  
DEUTSCHLAND  
AUSWEIS  
für Vertriebene und Flüchtlinge  
A  
Nummer des Ausweises  
5132/12- 01593  
Dieser Ausweis gilt nur in Verbindung mit einem gültigen  
Personalausweis.

Abb. 14 + 15: Flüchtlingsausweise

## 4. Wiederaufbau demokratischer Politik

Mit dem Einmarsch übernahmen die vier Siegermächte die Regierungsgewalt in Deutschland. Die jeweiligen Militärbehörden setzten zunächst die lokale Verwaltung wieder in Gang, indem sie Gemeindevorsteher, Bürgermeister und Landräte ins Amt beriefen. In Ratingen wurde am 5. Mai 1945 im Haus Cromford unter dem Vorsitz des damaligen Landrates Dombois der politisch unbelastete Direktor der Baumwollspinnerei Brügelmann, Dr. Franz Josef Gemmert, von der Militärregierung zum Bürgermeister ernannt. Die Zusammensetzung des ersten, im Frühjahr 1945 ebenfalls von der Militärregierung ernannten Beirates, erfolgte aufgrund der Ergebnisse bei den letzten freien Kommunalwahlen vor der Machtübergabe an die Nationalsozialisten im Januar 1933 – zu dem Zeitpunkt war das Zentrum in Ratingen die stärkste Partei, gefolgt von SPD und KPD.

Im Gegensatz zu dem in der amerikanischen Zone praktizierten Föderalismus behandelte die britische Militärregierung ihre Zone als ein einheitliches Ganzes und bildete schon früh Zonenzentralämter. Sie übertrug den Länderverwaltungen erst allmählich Vollmachten und schaffte so die Voraussetzungen für eine demokratische Legitimierung.

Nachdem die britische Militärregierung im September 1945 wieder die Bildung politischer Parteien zugelassen hatte, fanden am 15. September 1946 die ersten freien Kommunalwahlen nach dem Zweiten Weltkrieg statt.<sup>18</sup> Erstmals nach 13 Jahren konnte die Ratinger Bevölkerung wieder einen Stadtrat in einer demokratischen Wahl bestimmen. Zur Wahl traten CDU, Zentrum, SPD, KPD, FDP sowie unabhängige Kandidaten an, die in sechs Wahl- und 19 Stimmbezirken gewählt werden konnten. Die Wahl im Spätsommer 1946 fiel als einzige der Nachkriegswahlen unter das in Großbritannien übliche Mehrheitswahlrecht, im Gegensatz zum späteren und heute noch geltenden Verhältniswahlrecht. Hierbei hatte jede Wählerin und jeder Wähler die Möglichkeit, bis zu sechs Stimmen abzugeben, wodurch sich die stark veränderte Sitzverteilung erklärt. (Dok. 29)

Die 1948 und 1952 folgenden Wahlen fielen dann unter das Verhältniswahlrecht (eine Stimme je Wähler/in) mit dem prozentualen gültigen Stimmenanteil der Parteien und der daraus resultierenden Zusammensetzung des Stadtrates, unter Beachtung der Fünf-Prozent-Klausel (Dok. 30, 31).

Am 8. Januar 1950 wurde in Kiel der „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE) gegründet, eine Partei, die in erster Linie die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Vertriebenen verfolgen wollte. Nachdem der BHE bei den schleswig-holsteinischen Landtagswahlen im Juli 1950 auf Anhieb 23,4 Prozent der Stimmen erhielt, breitete er sich auch über das ganze Bundesgebiet rasch aus. Bei den Ratinger Gemeindewahlen am 9. November 1952 verzeichnete der BHE hier zwar nur 5,48 Prozent, war aber immerhin auch auf lokaler Ebene im Stadtrat vertreten (Dok. 31).

---

<sup>18</sup> Ergebnisse der letzten Kommunalwahlen vor der Machtübergabe an die Nationalsozialisten:  
1930: Zentrum – 8 Ratsmandate, SPD – 6 Ratsmandate, KPD – 5 Ratsmandate  
1932: NSDAP – 11 Ratsmandate, Zentrum – 8 Ratsmandate, SPD – 6 Ratsmandate, KPD – 5 Ratsmandate.

**Dok. 29: Hauptverwaltung 1945/46**

*Verwaltungsbericht, Hauptverwaltung, RJ 1945/1946, o. Dat., S. 10 f.*

Von 14.343 Wahlberechtigten haben 11.535 = 80,41 % gewählt. Von den abgegebenen 11.535 Stimmzetteln waren 434 = 3,76 % ungültig. An gültigen Stimmen wurden insgesamt 29.228 festgestellt. Hiervon entfielen

13.848	auf die C D U	=	47,38 %
8.700	auf die S P D	=	29,77 %
3.923	auf die K P D	=	13,42 %
1.768	auf das Zentrum	=	6,05 %
532	auf 4 unabhängige Kandidaten	=	1,82 %
457	auf die F D P	=	1,56 %

Dem Reservestock, gebildet aus Überschuß-Stimmen der erfolgreichen Kandidaten, wurden 20.288 Stimmen gutgeschrieben. Hiervon entfielen:

- a) an Überschuß = bzw. Mehr-Stimmen gegenüber den erfolglosen Kandidaten mit der höchsten Stimmzahl  
4.908 auf die C D U,
- b) an Stimmen der erfolglosen Kandidaten  
auf die S P D,  
auf die K P D,  
1.768 auf das Zentrum,  
532 auf die unabhängigen Kandidaten,  
457 auf die F D P.

Die Stimmquote, auf Grund welcher Sitze von den Reservelisten zugewiesen wurden, betrug 2.899.

Zu wählen waren 24 Stadtverordnete; hiervon 18 im direkten Wahlgang und 6 von den Reservelisten. (...)

**Dok. 30: Hauptamt 1948/49**

*Verwaltungsbericht, Hauptamt, BZ 1.4.1948 – 31.3.1949, o. Dat., S. 7*

(...)

Wahlen.

Die Wahl zur Stadtvertretung am 17.10. nach dem neuen Gemeindewahlgesetz nahm einen geordneten und ruhigen Verlauf. Sie wurde in 15 Wahlbezirken durchgeführt. Die Wahlbeteiligung war besser als bei der letzten Landtagswahl 1947.

Von 16.088 Wahlberechtigten haben 11.511 = 71,55 % gewählt. Von den abgegebenen 11.511 Stimmzetteln waren 439 = 3,81 % ungültig. An gültigen Stimmen wurden insgesamt 11.072 festgestellt. Hiervon entfallen

4.339	auf die	CDU	=	39,19 %.
3.996	" "	SPD	=	36,09 %.
1.215	" "	KPD	=	10,97 %.

871 " das Zentrum = 7,87 %.  
 651 " die FDP = 5,88 %.  
 (...)

### **Dok. 31: Hauptamt 1952/53**

*Verwaltungsbericht, Hauptamt, BZ 1.4.1952 – 31.3.1953, o. Dat., S. 9 f.*

Die Wahl zum Rat der Stadt am 9. November 1952 hat in Ratingen einen geordneten und auch ruhigen Verlauf genommen. Die Wahl wurde in 15 Wahlbezirken durchgeführt. Die Wahlbeteiligung war um 5.05 % besser als bei der letzten Wahl zur Stadtvertretung am 17.10.1948.

Von 19.050 der Wahlberechtigten haben 14.598 oder 76.6 % gewählt. Von den abgegebenen 14.580 Stimmzetteln waren 499 oder 3.42 % ungültig. An gültigen Stimmen wurden insgesamt 14.081 festgestellt. Hiervon entfallen

5.568	auf die SPD	=	39,54 %.
5.000	auf die CDU	=	35,51 %.
1.319	auf die FDP	=	9,37 %.
771	auf die BHE	=	5,48 %.
737	auf das Zentrum	=	5,23 %.
686	auf die KPD	=	4,87 %.

(...)

Im Vergleich zur letzten Gemeindewahl 1948 haben 3.087 Wähler oder 21,15 % mehr gewählt. (...)

Im neu zu wählenden Stadtrat müssen die Vertreter der Werktätigen die Mehrheit haben

Darum wähle:

## Die Kandidaten der Kommunistischen Partei

sie vertreten die Interessen des schaffenden Volkes in Ratingen

Wenn Sie bei Windeck, Festerstraße - bei Küpper, Homberger Straße - bei Weisen, Rosenstraße wählen müssen, dann wählen Sie:

**Josef Schappe    Wilhelm Sundermann    Heinrich Wink**

Wenn Sie bei Jäcker, Mülheimer Straße - im „Rhein-Hof“, Oberstraße - bei Burg, Lintorfer Straße Ihre Stimme abgeben, dann für:

**Ruth Breitgraf    Paul Krause    Heinrich Thienen**

Wenn Sie bei Dahlmann, Bahnstraße - bei Steinbach, Speestraße - bei Hahlen, Bechernerstraße wählen müssen, dann heißen Ihre Kandidaten:

**Josef Fußbahn    Johann Lanzmich    Maria Münster**

Wenn Sie bei Budde, Schützenstraße - bei Fröhling, Bechernerstraße - bei Grünewald, Düsseldorfstraße wählen müssen, dann wählen Sie:

**Hubert Pütz    Gertrud Schröder    Ferdi Schücke**

Wenn Sie bei Quering, Düsseldorfstraße - bei Flammer, Düsseldorfstraße - im Mädcheneim, Düsseldorfstraße Ihre Stimme abgeben, dann für:

**Ludwig Degen    Erich Pohl    Anni Schwab**

Wenn Sie bei Neveling, Jägerhof - bei Schnock, Rosenkoth - im Gaswerk, Sandstraße - bei Scholdermann, Volkardeyerstraße wählen müssen, dann heißen Ihre Kandidaten:

**Hans Braun    Bern. Knubbertz    Gottlieb Könitzer**

Folgende Kandidaten stehen auf unserer Reservestockliste:

Karl Becker	Willi Gröken	August Bruchhausen
Josef Meder	Adolf Wiegmann	Karl Potthoff

Männer und Frauen, schaffende Jungwähler, die Parole heißt:

### „Kommunisten in den Stadtrat!“

## Christl.-Demokratische Union Ratingen

Bezirk I

# Öffentliche Wählerversammlung

für die Wähler des Wahlbezirks I  
im Lokale Küppers, Homberger Straße  
am Montag, dem 9. September 1946, abends 8 Uhr.

---

Die von der **CDU** für diesen Bezirk aufgestellten Kandidaten

**Frau Josepha Lammertz    Max Heuser    Willi Ostertag**  
werden sich in dieser Versammlung vorstellen.

---

Der Wahlbezirk I ist eingeteilt in

<p><b>Stimmbezirk A:</b> Wahllokal Windeck, Festerstraße</p> <p>Straßen: Bruchstraße In den Birken Am Noldenkoth Am Klumpenkoth Feldstraße Festerstraße Rodeskoth Bergstraße, östlich der Bahn</p>	<p><b>Stimmbezirk B:</b> Wahllokal Küppers, Homberger Straße</p> <p>Straßen: Homberger Straße Dürstraße Scheifenkoth Frommeskoth Oststraße Görsenkoth Am hohen Schoppen Voisweg Schwarzbachstr., östl. d. Bahn Kalkstraße Am Ostbahnhof Neanderstraße Am Pingsberg</p>
--	--

**Stimmbezirk C:**  
Wahllokal Weisen, Rosenstraße

Straßen:  
Rosenstraße  
Auf der Aue  
Papiermühlenweg

Auszug aus der Wahlordnung:  
Es dürfen nur drei Kandidaten gewählt werden und das Zeichen muß ein X sein.

Bitte sorgfältig aufbewahren, da die Kenntnis der Wahllokale wichtig ist.

Max Brehnen, Buchdruckerei und Verlag, Al/28, Ratingen - 897/1000, Sept. 46, Kl. „C“.

# Wählerinnen und Wähler! Heraus aus dem Elend!

Das ist die Parole der SPD bei ihrer Arbeit in den Gemeindeparlamenten.

**Kampf dem Hunger!**  
**Kampf dem Wohnungselend!**  
Hilfe den Kriegsoffern, den Opfern des Faschismus, den Ausgehobten.

Schutz und Hilfe den Witwen und Waisen, den Invaliden- und Altersrentnern, Ausbau des Wohlfahrtswesens, des Jugendschutzes und der Jugendfürsorge, Förderung eines gesunden Volkssports, Bildungsmöglichkeiten und Kulturveranstaltungen für die breiten Schichten des Volkes. Verbesserung ihrer Existenzbedingungen

**Kampf dem Schiebertum u. den Schwarzhändlern,**  
die aus der Not des Volkes ein schmutziges Geschäft machen.

**Förderung der Landwirtschaft**  
durch eine zeitgemäße Bodenreform, die den Bauern von der drückenden Last der Bodenrente befreit und Gelände für gesunde Wohnsiedlungen bereitstellt.

**Förderung der Viehzucht**  
als Grundlage für eine Verbesserung der Fetteige. Förderung der landwirtschaftlichen Genossenschaften als Mittel zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung.

Eine klare, durchsichtige und sparsame Verwaltung ausschließlich im Interesse und zum Wohle der Allgemeinheit.

Das ist ein Teil der Forderungen, die zu erfüllen sich die Sozialdemokratische Partei und ihre Vertreter in den Gemeindeparlamenten zur Aufgabe gemacht haben.

**Gebt uns die Macht und wir werden diese Forderungen verwirklichen!**

## Die Kandidaten der SPD:

<p><b>Bezirk I</b> Werner Körfer Toni Kux Willi Röse</p>	<p><b>Bezirk III</b> Carl Zöllig Rudolf Wiesner Willi Rückels</p>	<p><b>Bezirk V</b> Auguste Stössel Friedrich Römer Johann Daas</p>
<p><b>Bezirk II</b> Paul Todt Philipp Sperling Maria Kraft</p>	<p><b>Bezirk IV</b> Wilhelm Olligs Ernst Baier Rosa Classen</p>	<p><b>Bezirk VI</b> August Wendel Wilhelm Schlinkheider Albert Laufenburg</p>

Wenden!

Abb. 16-18: Wahlwerbung der Parteien für die erste Kommunalwahl nach dem Zweiten Weltkrieg am 15.9.1946

## 5. Wiedererstarken des kulturellen Lebens

Trotz Hunger und Wohnungsnot erblühte fast überall recht schnell wieder ein bescheidenes kulturelles Leben. Obwohl im Westen rund die Hälfte aller Bauten zerstört wurde, fanden noch 1945 wieder erste Theateraufführungen und Konzerte statt, öffneten Büchereien und Museen ihre Pforten.

Die Wiederaufnahme des kulturellen Lebens erfolgte in Ratingen bereits im Sommer 1945. Um „*die geistig-seelische Bildung der Bevölkerung zu heben*“ bildete der damalige Bürgermeister Dr. Gemmert am 15. August 1945 zunächst einen Kulturausschuss, am 1. August 1947 folgte die Gründung des Städtischen Kulturamtes. Ihm oblag die Förderung der allgemeinen Kulturpflege und die Durchführung von Kulturveranstaltungen (Dok. 32). Obgleich hierfür zunächst nur die Turnhalle an der Graf-Adolf-Straße sowie die Festhalle an der Mülheimer Straße zur Verfügung standen (Dok. 32), konnten bereits 1946 20 Kulturveranstaltungen durchgeführt werden, davon mehrheitlich Konzerte. Nachdem die Besatzungsbehörde auch noch die Festhalle wegen Errichtung einer englischen Schule seit 1948 für sich beanspruchte, diente lediglich noch die Turnhalle als Veranstaltungsort. Dennoch hat das Kulturamt alljährlich ein umfassendes Programm mit Schauspiel, Opern, Operetten, Konzerten, Vorträgen, Ausstellungen sowie Freilichtspielen in der Walderholungsstätte „Blauer See“ angeboten. Bis Ende der 1940er-Jahre hat sich die Ratinger Bevölkerung trotzdem eher passiv gegenüber dem städtischen Kulturangebot verhalten (Dok. 33). Erst seit Anfang der 1950er-Jahre erlebte das kulturelle Leben einen konjunkturellen Aufschwung (Dok. 34); hierzu hat vor allem das 675-jährige Stadtjubiläum beigetragen (Dok. 34)

Festzuhalten bleibt jedoch, dass auch im öffentlich-kulturellen Raum keine kritische Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit stattfand. Bei der Eröffnung des Heimatmuseums am 28. September 1947 begrüßte Bürgermeister Dr. Gemmert „*das aus dem ‚Dornröschenschlaf‘ wiedererwachte Heimatmuseum (...)*“.

Für das Heimatmuseum war der Start besonders schwierig: Es musste mit den Räumlichkeiten im Obergeschoss des Bürgerhauses auskommen und auch ein Magazin war zunächst nicht vorhanden. Außerdem konnten die Räumlichkeiten nicht geheizt werden, wodurch die Besucherzahlen sanken. Dennoch führte das Heimatmuseum bereits 1948 wieder seine erste „Sonderschau“ durch. Noch 1952 konnte das Museum wegen des bei der Stadtverwaltung bestehenden Raummangels die von ihm 1939 abgetretenen Räume im Erdgeschoss des Bürgerhauses nicht wieder beziehen. Allerdings wurde 1952 die Heizung wieder instand gesetzt. Nach Räumung des Obergeschosses konnte schließlich ab Februar 1954 das gesamte Obergeschoss von Grund auf renoviert werden, so dass das Museum am 27. Februar 1955 wieder Räumlichkeiten im gesamten Unterhaus und im 1. Stock beziehen konnte. Dennoch fand das Ratinger Heimatmuseum trotz seiner Neugestaltung im renovierten Bürgerhaus wenig Beachtung von der örtlichen Bevölkerung (Dok. 35-39).

Ähnlich vielen anderen Städten der britischen Besatzungszone begannen auch in Ratingen die Bestrebungen zu einem Neuanfang der Erwachsenenbildung relativ früh. Bereits im Sommersemester 1947 und Wintersemester 1947/48 konnte die noch in den Startlöchern befindliche Volkshochschule der lokalen Bevölkerung insgesamt elf Kurse anbieten. Hierbei handelte es sich vor allem um praktische Lebenshilfe (Englisch und Kurzschrift), aber auch Bereiche der wissenschaftlichen Bildung wurden im Rahmen von Arbeitsgemeinschaften angeboten, die vielfach stadtbekannte Träger des kulturel-

---

len Lebens leiteten. Bemängelt wurde zwar die geringe Beteiligung der Bevölkerung, aber nach diesem ersten Tief 1947 entwickelte sich die Volkshochschule seit Anfang der 1950er-Jahre kontinuierlich zu einer der tragenden Einrichtungen des Ratinger Kulturlebens (Dok. 40).

Die Stadtbücherei wurde, nachdem sie in den letzten Wochen des Krieges geschlossen hatte, bereits im Juni 1945 wieder eröffnet. Sie hatte keine wesentlichen Schäden durch den Krieg erlitten – lediglich 400 von insgesamt 7.600 Bänden gingen durch Kriegseinwirkungen verloren. 1.400 Bände nationalsozialistischer Literatur sind aussortiert worden. 108 Bände wurden neu eingestellt; sie stammten vor allem aus Beschlagnahmungen und Spenden. Aufgrund der allgemeinen Notlage war eine Ergänzung des Buchbestandes sowie ein weiterer Aufbau zunächst nicht möglich. Dennoch setzte mit Wiedereröffnung der Bücherei ein reger Ausleihbetrieb ein (Dok. 41-43).

Das bereits 1440 urkundlich erwähnte Stadtarchiv Ratingen hatte den Krieg weitgehend unbeschadet, d. h. ohne nennenswerte Verluste, überstanden. Es wurde eine Neuordnung begonnen, um es wieder für Benutzer zugänglich zu machen. Auch die Übernahme der Verwaltungsakten wurde fortgeführt. (Dok. 44)

Im Verwaltungsbericht des Kultur- und Verkehrsamtes vom 24. August 1954 wurde erstmals wieder der Fremdenverkehr erwähnt. Zu diesem Zeitpunkt standen in insgesamt neun Gasthäusern 97 Fremdenbetten zur Verfügung. Zur Werbung für den Fremdenverkehr erschienen in neun führenden Verkehrsbüchern, Veranstaltungskalendern und Werbeschriften Angaben über Ratingen, teilweise mit Stadtansichten. 19... erschien sogar ein eigener kleiner Prospekt über die „Wald- und Wohnstadt“ Ratingen.

**Dok. 32: Kulturamt 1947/48**

*Verwaltungsbericht, Kulturamt, RJ 1947, 10.5.1948, S. 1*

Allgemeines

Die Stadtverwaltung hat in der Erkenntnis, dass in schwerster menschlicher Not und Bedrängnis die Kulturpflege einer besonderen Förderung bedarf und um der Pflege des Kulturlebens eine erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen, am 1. August 1947 ein Stadtamt für Kulturpflege eingerichtet, das die Bezeichnung „Städt. Kulturamt“ führt. Ihm obliegen alle Angelegenheiten der Kunst-, Kultur-, Gemeinschafts- und Heimatpflege, des Erwachsenenbildungswerks und die Erledigung der Verwaltungssachen der fachlich geleiteten Städt. Volksbücherei, des Heimatmuseums und Stadtarchivs. Mit der Leitung wurde der Verwaltungsangestellte A. Mingers beauftragt.

Für Kulturveranstaltungen steht neben der Turnhalle an der Graf-Adolf-Str. nach Freigabe durch die Besatzungsbehörde wieder die Festhalle des früheren Lehrerseminars an der Mülheimerstr. zur Verfügung. Bei der Benutzung der Festhalle erweist sich jedoch als besonders störend das gänzliche Fehlen von Glühbirnen für den Saal und die Bühne, die für jede Veranstaltung unter schwierigen Verhältnissen geliehen werden müssen, die nicht ausreichende Bestuhlung, deren Ergänzung umständlich ist und jedes Mal besondere Kosten erfordert (43 Stuhltransporte im Rechnungsjahr) und für Theateraufführungen die Unzulänglichkeit der Bühne, die Aufführungen mit grösseren Dekorationen oder mehrfachen Verwandlungen unmöglich macht. Für solche Theateraufführungen ist die Turnhalle an der Graf-Adolf-Strasse nach Errichtung einer Bühne mit einem praktischen und gefälligen Bühnenrahmen geeigneter. Die Turnhalle hat jedoch nur etwa 370 Sitzplätze gegen 450 der Festhalle. (...)

**Dok. 33: Kulturamt 1949/50**

*Verwaltungsbericht, Kulturamt, RJ 1949, 16.6.1950, S. 1 f.*

Allgemeines

Das Kulturamt hat im Einvernehmen mit dem Kulturausschuß Veranstaltungen geplant und durchgeführt, die bei Wahrung eines für verantwortliche Kulturpflege gehaltvollen Niveaus auch ein breiteres Publikum anzusprechen vermögen.

Der Besuch der Veranstaltungen, insbesondere der Theateraufführungen und Bildungsvorträge entsprachen wieder nicht den Erwartungen. Neben der allgemeinen Geldknappheit, der Nähe Düsseldorfs und der zum Besuch der Veranstaltungen wenig einladenden Turnhalle an der Graf-Adolf-Straße ist hierfür die Passivität der Ratinger Bevölkerung gegenüber kulturellen Dingen als Grund anzusehen. Die Konzerte hatten einen besseren Besuch, da Solistenkonzerte vor Chorkonzerten des Städt. Musikvereins zurücktraten, in denen die ortsansässigen Künstler mitwirkten. Einen über Erwartungen starken Aufschwung nahm die Teilnahme an den Kursen der Volkshochschule, wobei sich die Zusammenarbeit mit der Ortsgruppe des Deutschen Gewerkschaftsbundes als fördernd erwies.

(...)

Es bleibt Aufgabe auf weite Sicht, durch gehaltvolle Veranstaltungen den kulturellen Besitzstand zu erhalten und die geistig-seelische Bildung der Bevölkerung zu heben. (...)

### **Dok. 34: Kultur- und Verkehrsamt 1951/52**

*Verwaltungsbericht, Kultur- und Verkehrsamt, BZ 1.4.1951 – 31.3.1952, o. Dat., S. 1, 3*

#### Allgemeines.

Eine regere Beteiligung der Bevölkerung an den Kulturveranstaltungen war unverkennbar. Das zeigte sich in einer Mehrzahl von Veranstaltungen (städtischer und privater Art) gegenüber dem Vorjahr und größeren Besucherzahlen. Auch die Volkshochschule hat sich mit mehr durchgeführten Kursen und mehr Hörern weiter entwickelt.

Die in den Vorjahren am Blauen See veranstalteten Freilichtspiele haben erwiesen, dass sich dieses Gelände wie kaum ein anderes in weitem Umkreis für Freilichtaufführungen eignet. Diese Spiele haben Ratingen weithin bekannt gemacht. (...)

Hauptereignis des Jahres war das 675-jährige Stadtjubiläum.

(...)

#### 675-jähriges Stadtjubiläum

Die Jubiläumsveranstaltungen fanden vom 19.8. bis 16.9.51 statt. Besonders bemerkenswerte Veranstaltungen waren die Totenehrung auf der Kriegergedächtnisstätte mit anschließendem großen Fackelzug, der Festakt im Metropoltheater bei Anwesenheit des Innenministers des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Flecken, das historische Festspiel auf dem Marktplatz, das Konzert des Städt. Musikvereins mit dem Oratorium „Herkules“ von Händel, die Theatervorstellung „Der Fall Windslow“ durch das Rheinische Landestheater, die Gemäldeausstellung in der neuen Schule an der Minoritenstraße (Privatsammlung von Gustav Esser), Sportveranstaltungen, der Jugendtag und die Einweihung der neuen kath. Volksschule an der Minoritenstraße sowie die des neuen Freibades an der Anger. Dank der guten Arbeit der einzelnen Arbeitsausschüsse nahm das ganze Fest bei günstigem Wetter und reger Beteiligung der Bevölkerung einen glänzenden Verlauf. Viele Bürger hatten ihre Häuser instandgesetzt und mit neuem Anstrich versehen. Die Stadt bot im reichen Flaggen- und Blumenschmuck ein festliches Bild, das auch von den vielen auswärtigen Besuchern anerkannt wurde. (...)



Abb. 19-21: 1951 wurde vom 19. August bis zum 23. September das 675jährige Stadtjubiläum gefeiert. Hauptfesttag war der 2. September, in dessen Mittelpunkt das historische Festspiel („Entscheidende Jahre 1451 – 1455 – 1469“) auf dem Marktplatz stand.



**Tab. 2: Besucherzahlen Heimatmuseum 1945-1955<sup>19</sup>**

RJ	Besucher
1945	geschlossen
1946	geschlossen
1947	1.230
1948	1.963
1949	1.805
1950	1.114
1951	1.885
1952	1.170
1953	1.162
1954	geschlossen
1955	1.914

**Dok. 35: Heimatmuseum 1945/46**

*Verwaltungsbericht, Stadtamt 12 (Heimatmuseum), 1946, o. Dat., S. 1 ff.*

## I. Städtisches Heimatmuseum

In den Tagen der größten materiellen und moralischen Not müssen die deutschen Museen – selbst kleine Ortsmuseen – Stätten der Aufrichtung sein. Sie sind dazu imstande, da sie durch Vorführung des Beispielhaften bei allen Verantwortlichen Verständnis für die innere Größe und den Lebenswert vergangener Zeiten schaffen, ohne sich ernstlichen Schöpfungen aus der Gegenwart zu verschließen.

Das Ratinger Heimatmuseum, das erstmalig 1926 – beim 650jährigen Stadtjubiläum – seine Arbeit in zwei Räumen des Bürgerhauses zeigte, wird 1947 seine seit fast drei Jahren unterbrochene Ausstellungsarbeit wiederaufnehmen. Es gehört erfreulicherweise zu den Museen, deren Besitz – von einzelnen Stücken abgesehen – im Krieg nicht untergegangen ist, sondern der Neuaufstellung harrt. (...)

Unser Heimatmuseum muß wegen der Abgabe des gesamten Erdgeschosses für das Wohnungsamt zunächst mit einem stark verkleinerten Rahmen auskommen. Die Auswahl und Anordnung der Bestände wird infolgedessen besonders sorgfältig sein. Gegenüber gewissen Bestrebungen, die das „Dritte Reich“ förderte, wird auch inhaltlich manches zurücktreten, so die bei uns freilich stets bescheidene Betonung militärischer Einrichtungen. Das Heimatmuseum der ältesten niederbergischen Stadt wird bestrebt sein, mehr denn je Freunde zu werben. Während im „Dritten Reich“ die private Initiative auch auf diesem Gebiete mehr und mehr von staatlichen Einrichtungen zur Kunstpflege verdrängt worden war, kommt es jetzt darauf an, eine Gemeinschaft innerlich Beteiligter

<sup>19</sup> Zusammengestellt aus den Verwaltungsberichten.

zusammenzubringen, der der weitere Ausbau des Heimatmuseum Herzensangelegenheit ist. (...)

Die nächste Aufgabe des Museums ist es, möglichst bald wieder der gesamten Bürgerschaft Werke der Kultur und Kunst zu zeigen. Die in Ratingen viel gelesene Zeitung „Die Welt“ veröffentlichte in diesen Tagen einen Aufsatz von Paul Fechter: „Museumsdämmerung“. Sein Inhalt machte den Eindruck, als ob die große Zeit der Museen dahin sei. Das genaue Gegenteil ist jedoch der Fall. Es besteht, wie man etwa auch auf der unlängst in Düsseldorf gezeigten Ausstellung „Französische Malerei seit dem 19. Jhd.“ feststellen konnte, eine große Aufnahmebereitschaft für die lang entbehrte, starke Kunst. Die Anteilnahme der Bevölkerung an der Arbeit des Heimatmuseums zeigte sich wieder im Berichtsjahre durch mehrere Spenden, die dem Museum trotz der Notzeit gegeben wurden.

Das Heimatmuseum will jedoch nicht nur Altertümer sammeln. Der Leiter beabsichtigt, demnächst wieder regelmäßig wechselnde Ausstellungen zu zeigen. Sie sollen die Brücke zur Gegenwart schlagen. Die schon bestehende Verbindung mit dem „Kunstverein Niederberg“ sowie mit Düsseldorfer Organisationen wird uns hierbei wesentlich unterstützen. Je ärmer wir werden, desto mehr kommt es darauf an, in jeder Art von Zusammenarbeit erfinderisch zu sein.

Nach mehr als drei Jahrzehnten der Unsicherheit und äußerer und innerer Kämpfe sehnt sich auch im Arbeitsgebiet des Heimatmuseums (...) alles zurück nach längst vergangenen Zeiten, in denen noch ein einheitlicher Kulturwille das deutsche Volk be-seelte. Diese Überlieferung wieder zu wecken, sie bewusst werden zu lassen und aus ihr im Geist unserer Zeit schaffende Kräfte für die Zukunft zu ziehen, darin liegt vor allem die Aufgabe und Bedeutung des Heimatmuseen. (...)

### **Dok. 36: Heimatmuseum 1947/48**

*Bericht über das Städt. Heimatmuseum, BZ 1.1.1947 – 31.3.1948, 20.4.1948, S. 2*

#### 4. Sammeltätigkeit und Zuwendungen:

(...) Die Museumsleitung legt besonderen Wert darauf, ihre Sammlung von Bildnissen bekannter Ratinger Persönlichkeiten zu vervollständigen. Sehr erwünscht bleiben ferner Trachten, Schmuck, Stickereien aus Ratinger Besitz, Möbelstücke aus der Heimat, vorgeschichtliche, frühgeschichtliche und mittelalterliche Altertümer, die bei Ausschachtungsarbeiten im Arbeitsgebiet des Heimatmuseums – den Ämtern Ratingen Stadt - Land sowie Hubbelrath – gefunden werden, wenn es sich auch nur um Krugfragmente oder eine alte Münze handelt. Das Heimatmuseum sammelt nicht Schätze, um sie verstauben oder vergilben zu lassen, sondern um unsern Zeitgenossen und Nachkommen ein lebensnahes Bild unserer und vergangener Tage zu geben.

### **Dok. 37: Heimatmuseum und Stadtarchiv 1948/49**

*Verwaltungsbericht, Stadtamt 12 (Städt. Heimatmuseum und Stadtarchiv), BZ 1.4.1948 – 31.3.1949, Juli 1949, S. 2*

#### II. Bericht über das Städtische Heimatmuseum.

(...)

2. Räume: Leider konnte die Stadtverwaltung dem Museum die Räume des Erdgeschosses im Bürgerhaus noch nicht wieder zur Verfügung stellen. Eine Folge davon ist, dass die Räume des Obergeschosses stark überlastet sind. Besondere Schwierigkeiten ergeben sich immer wieder bei der Freimachung des jetzt für Wechselausstellungen benutzten Raumes, da dem Museum zur Zeit keine Magazinräume mehr gehören (bereits seit 1939). Noch fehlt die Möglichkeit, die Ausstellungsräume im Winter zu heizen. Es besteht jedoch die Aussicht, dass diesem Zustande in nicht zu ferner Zeit abgeholfen wird

3. Mit dem Beginn der Ausstellungszeit im Frühjahr 1949 wurde das Eintrittsgeld für jeden erwachsenen Besucher um 0,10 DM auf 0,30 DM erhöht, eine Maßnahme, die sich auf den Besuch ungünstig auswirkte. Der Museumsleiter richtete infolgedessen an die Stadtverwaltung die Bitte, wieder das frühere Eintrittsgeld von 0,20 DM erheben zu lassen. Bestimmend war hierbei auch der Umstand, dass sämtliche Düsseldorfer Museen nur 0,20 DM Eintrittsgeld erheben. (...) In der Berichtszeit betrug die Gesamtzahl der Museumsbesucher 1963 Personen.

4. Sammeltätigkeit, Neuerwerbungen. Die Beschaffung weiterer Museumsstücke ist schwierig geworden. Manches in Privatbesitz befindliche Stück ist während des letzten Krieges vernichtet worden. Die Besitzer heimatlicher Altertümer halten die Gegenstände jetzt fest. Sie nehmen wohl an, dass Altertümer jetzt einen verhältnismäßig hohen materiellen Wert darstellen. Geschenke wurden deshalb nur in geringem Maße gegeben.

(...)

(...)

### **Dok. 38: Heimatmuseum und Stadtarchiv**

*Verwaltungsbericht, Stadtamt 12 (Städt. Heimatmuseum und Stadtarchiv), RJ 1951, S 2 f.*

(...) Neben der skizzierten Ausstellungstätigkeit hat das Heimatmuseum eine Fülle von Klein- und Kleinstarbeit zu leisten. Bedauerlich ist vor allem, daß es nicht beheizt wird. Der wertvolle Schatz an Altertümern, den erst eine spätere Zeit recht zu würdigen wissen wird, leidet darunter. Altertümer verlangen eine bestimmte, gleichmäßige Temperatur, wie jeder Museumskundige weiß. Altertümer und Kunstwerke müssen dauernd durch eine geschulte Kraft beobachtet und behandelt werden, bis die Folgen schädigender Einflüsse nicht mehr zu befürchten sind. Ein Heimatmuseum will nicht nur Speicher sein, es will seinen Besitz auch durch geschmackvolle Aufstellung zur Wirkung bringen. Daß Umgruppierungen bei so beschränkten Raumverhältnissen, wie sie bei uns bestehen, besonders schwierig sind, brauche ich nicht näher zu begründen. (...)

### Dok. 39: Heimatmuseum und Stadtarchiv 1953/54

*Verwaltungsbericht, Stadtamt 12 (Städt. Heimatmuseum und Stadtarchiv), RJ 1953/54, 8.9.1954 (Anlage zum Verwaltungsbericht, Kultur- und Verkehrsamt, BZ 1.4.1953 – 31.3.1954, 24.8.1954)*

Der Unterzeichnete [Dr. Heinz Peters; Anm. d. Verf.] übernahm die Leitung des Museums am 1.9.1953. Die Aufstellung des Materials durch den Vorgänger blieb unverändert. Nach einer ersten Inauguration der Bestände wurde eine Renovierung des gesamten Gebäudes im Innern beraten und beschlossen. Zu diesem Zweck mußte das Museum am 20.1.1954 für den Publikumsverkehr geschlossen werden.

(...)

Nach Räumung des Obergeschosses konnte ab Februar 1954 das gesamte Obergeschoß von Grund auf renoviert werden. Die Arbeiten wurden durch das Städt. Bauamt geleitet. Am 1.4.54 war die Instandsetzung der Obergeschoßräume bis auf geringfügige Restarbeiten beendet.

Der Leiter verwendete die Zeit der Schließung zur Beschäftigung mit dem Museumsbesitz, der im Hinblick auf die demnächstige, veränderte Aufstellung durchgesehen, teilweise wissenschaftlich bestimmt und bereits vorgeordnet wurde. Eine Überprüfung des Inventarbuches anhand der vorhandenen Museumsstücke konnte noch nicht durchgeführt werden, da der Raum nicht ausreicht, das Material in der erforderlichen Weise zu diesem Zweck auszubreiten.

(...)

Nach Freiwerdung von zwei bisher von Dienststellen benutzten Räumen im Erdgeschoß konnte der dem Museum zur Verfügung stehende Raum erweitert werden, ohne daß diese jedoch wegen der Renovierung schon zu Ausstellungszwecken hätten benutzt werden können.

(...) Rektor Ernst Winterheim trat am 31.8.53. in den verdienten Ruhestand.

### Tab. 3: Sonderschauen des Ratinger Heimatmuseums<sup>20</sup>

1. – 18. Sonderschau: 1926 – 1945

19. Sonderschau (18. März 1948 – Ende Juli 1948)

„Ratingen in der deutschen Revolution 1848/49“

20. Sonderschau (August 1948)

„Vom Banne der Aufklärung bis zur Eroberung der Wirklichkeit. Deutsches Geistesleben von 1750 bis 1850 unter Berücksichtigung niederbergischer und –rheinischer Sonderart“

21. Sonderschau ⇒ keine Angabe

22. Sonderschau (4. Mai. – 26. Juni 1949)

Gemäldeschau: „Düsseldorfer Künstler sehen das niederbergische Land und den Niederrhein“

<sup>20</sup> Die Datierung der Sonderschauen variiert in der Quelle. Zu manchen Sonderschauen gibt es keinerlei Angaben; möglicherweise ist die Zählung auch unsorgfältig erfolgt.

- 
23. Sonderschau (3. Juli – 21. August 1949)  
Kleinplastiken und Zeichnungen der Ratinger Bildhauerin Gretel Gemmert
  24. Sonderschau (28. August – 30. September 1949)  
„Goethe und Niederberg“
  25. Sonderschau (9. Oktober – 10. Dezember 1949)  
Werke der niederbergischen Bildhauerin Karina Velten
  26. Sonderschau (Mai 1950)  
„Niederbergische Kulturbilder des 18. und frühen 19. Jhrhds.“
  27. Sonderschau (Juli – August 1950)  
Steinzeug aus Siegburg
  28. Sonderschau (o. Dat.)  
Werke des bergischen Malers Paul Wellershaus
  29. Sonderschau (April 1951)  
Werke des Höseler Malers Karl Gustav Krause
  30. Sonderschau (Juni - September 1951)  
Niederländische Fayencen des 17. Und 18. Jhdts. (Kunsttöpferei)
  31. Sonderschau (September 1951)  
Gedächtnisschau zur Erinnerung an die vor 675 Jahren erfolgte Erhebung Ratingens zur Stadt sowie zum 25jährigen Bestehen des Heimatmuseums
  32. Sonderschau (Dezember 1951)  
Rheinisches Steinzeug (Keramik; Fortsetzung der 27. Sonderschau)
  33. Sonderschau (Mai 1952)  
Arbeiten aus alten Töpfereibetrieben im „Kannebäckerländchen“
  34. Sonderschau ⇒ keine Angabe
  35. Sonderschau (1953)  
Ölgemälde und Pastellzeichnungen des Höseler Malers C.G. Krause
  36. Sonderschau (März 1953)  
Gedächtnisausstellung zu Ehren des Malers Prof. Max Clarenbach (1880-1952)  
*Wegen Instandsetzungsarbeiten des gesamten Bürgerhauses blieb das Heimatmuseum seit dem 20. Januar 1954 geschlossen. Die Wiedereröffnung am 27. Februar 1955 wurde durch den neuen Museumsleiter Dr. Heinz Peters vorgenommen.*
  37. Sonderschau (Februar 1955)  
Gemälde des Düsseldorfer Malers Walter Ritzenhofen (mit Motiven von Ratingen und der engeren Umgebung)
  38. Sonderschau (1955)  
Fotowettbewerb des Heimatvereins
  39. Sonderausstellung (1955)  
Gedächtnisausstellung zu Josef Wahl
  40. Sonderschau (November 1955 – März 1956)  
Ratinger Urkunden aus 5 Jahrhunderten

**Tab. 4: Volkshochschule<sup>21</sup>**

RJ SS & WS	Kurse	Hörer
1945	geschlossen	-
1946	geschlossen	-
1947	11	366
1948	10	168
1949	28	686
1950	28	563
1951	32	698
1952	34	816
1953	37	847
1954	39	973
1955	48	1.228

**Dok. 40: Kulturamt 1947/48**

*Verwaltungsbericht, Kulturamt, RJ 1947, 10.5.1948, S. 2*

(...)

2. Erwachsenenbildungswerk

## a.) Kurse und Arbeitsgemeinschaften im Sommersemester 1947

„Einführung in die Philosophie der Gegenwart“ (Dr. A. Henn)	26 Teilnehmer
Englisch (Rektor R. Müller)	18 Teilnehmer
Kurzschrift (Gewerbeoberlehrerin H. Schwinn)	<u>85 Teilnehmer</u>
	129 Teilnehmer
	(52 Männer, 77 Frauen)

## b.) Wintersemester 1947/48

Englisch für Fortgeschrittene (Studienassessor R. Benken-Stein)	28 Teilnehmer
Englisch für Anfänger (Rektor R. Müller)	21 "
Kurzchriftkurse für Anfänger (Gewerbeoberlehrerin H. Schwinn)	37 "
" " Fortgeschrittene (Gewerbeoberlehrerin H. Schwinn)	15 "
Philosophisches Colloquium (Dr. A. Henn)	18 "
Wie hören wir musikalische Werke (A. Mingers)	33 "
Vom Kraftwerk bis zur Glühbirne (Dipl. Ing. J. Schwarz)	63 "
Die soziale Frage in christlicher Sicht (Dr. F. Deus)	<u>22 "</u>
	237 Teilnehmer
	(138 Männer, 99 Frauen)

Für beide Semester vorgesehene weitere Kurse und Arbeitsgemeinschaften konnten wegen zu geringer Beteiligung nicht durchgeführt werden.

<sup>21</sup> Zusammengestellt aus den Verwaltungsberichten.

Eine grössere Teilnahme am Bildungswerk muss insbesondere von der Jugend erwartet werden. Für einfachste schulische Weiterbildung wird kein Interesse gezeigt, mehr für Englisch und Kurzschrift und für literarisch geistige Interessensgebiete. Alle Kurse hatten gegen Ende eine absinkende Teilnehmerzahl. Gründe hierfür sind Verkehrsschwierigkeiten, Mitarbeit in Jugendorganisationen, Mangel an Lernmitteln, bei jüngeren Teilnehmern die schlechte Ernährungslage und die natürliche Erscheinung, dass bei fortschreitendem Kursus die Schwierigkeiten der Stoffbewältigung die willensschwächeren Teilnehmer zum Erlahmen bringt.

(...)

**Tab. 5: Volksbücherei/Stadtbücherei<sup>22</sup>**

RJ	Buchbestand	Ausgelieh. Bände	Aktive Leser
1945	5.800	33.358	1.392
1946	5.937	33.142	1.415
1947	6.120	44.503	1.487
1948	6.120	51.041	1.437
1949	7.000	40.025	1.100
1950	7.260	37.006	1.100
1951	7.500	31.540	1.315
1952	8.079	33.468	1.415
1953	8.828	33.607	1.444
1954	8.868	35.656	1.460
1955	8.740	36.333	1.448

#### **Dok. 41: Volksbücherei 1945/46**

*Verwaltungsbericht, Städtische Volksbücherei, BZ 1945/46, 13.3.1947, S. 1 f.*

Da die Bücherei 1945 erst im Juni wieder eröffnet wurde, nachdem sie in den Wochen der letzten Kriegshandlungen und während des Zusammenbruchs geschlossen war, gilt der folgende Bericht für das Jahr 1945 erst vom Juni – 31. März 1946.

Es wurden 108 Bde. in die Bücherei neu eingestellt, darunter sind aber 46 Bde., die man uns gelegentlich einer Beschlagnahme als Spende überliess.

Ausgeschieden wurden gelegentlich der Aussonderung nationalsozialistischer Literatur 1400 Bde. 400 gingen ausserdem durch Kriegseinwirkungen bei unseren Lesern verloren. Somit verminderte sich der Bestand von rund 7600 Bänden um 1800, sodass die Bücherei am Ende des Berichtsjahres noch rund 5800 besass.

Ausgeliehen wurden insgesamt 33.358 Bde. (...)

Die Zahl der aktiven Leser betrug 1392, darunter 435 jugendliche Leser. (Von 10-18 Jahren).

<sup>22</sup> Zusammengestellt aus den Verwaltungsberichten.

Die Stadtbücherei erlitt keine wesentlichen Schäden durch die Kriegshandlungen, ihr gingen lediglich die oben aufgeführten 400 Bde. verloren. Nach der Wiedereröffnung der Bücherei setzte ein reger Ausleihbetrieb ein, der sich im Verlaufe des Jahres noch steigerte.

(...)

Die im laufenden Verwaltungsjahr zur Verfügung stehende Summe für die Ergänzung des Buchbestandes ist bis jetzt bis auf einen Rest von ca. RM 100 aufgebraucht, obwohl die Neuanschaffungen kaum nennenswert genannt werden können.

Für die beiden Berichtsjahre ist vor allem bemerkenswert, dass weder eine Ergänzung der im Buchbestand vorhandenen Lücken, noch ein Wiederaufbau möglich war. Der Grund ist der allgemeine augenblickliche Notstand. Ein normales Ausscheiden von zerlesenen Büchern, die in einer Volksbücherei nicht mehr tragbar sind, war auch unmöglich aus dem Bedenken heraus, keinen Ersatz dafür beschaffen zu können. Auf der anderen Seite zeigten die Leser ein reges Interesse an allen Abteilungen des Buchbestandes, das wiederum sehr erfreulich ist, aber die Sorgen um die Erhaltung und Ergänzung des Bestandes noch verstärkte. Die Buchbinderarbeiten und Reparaturen sind natürlich auch mehr als früher in den Vordergrund getreten und zwar so, dass sie kaum bewältigt werden können im Rahmen unserer Büchereiarbeit. Die Büchereileitung hat versucht durch einen Appell an die Leser, Bücher zu verkaufen oder zu schenken, einige Werke für den Bestand zu gewinnen. Doch war der Erfolg, von einigen Erwerbungen abgesehen, sehr klein. (...)

Wie mir die Staatliche Beratungsstelle Essen mitteilte, wird in Zukunft eine Zuteilung einiger Bücher erfolgen, die durch ein Abkommen mit den Verlagen ermöglicht wird. Eine kleine Anzahl liegt für uns bereit und weiterhin sollen wir auch noch mehr erhalten. Auch sonst bemühen sich die massgebenden Stellen des Bibliothekswesens um Bücherzuteilungen an die Büchereien in der britischen Zone. Es besteht also doch einige Hoffnung, dass sich die schwierige Lage für die Büchereien, und somit auch für unsere Bücherei bessert.

Genauere Zahlen über die Verteilung des Buchbestandes auf die verschiedenen Sachgebiete kann die Bücherei erst nach einer gründlichen Revision geben, die im Sommer erfolgen soll.

## **Dok. 42: Volksbücherei 1948/49**

*Verwaltungsbericht, Städt. Volksbücherei, RJ 1948, o. Dat.*

Die Gesamtzahl der im Berichtsjahre ausgeliehenen Bände betrug 51 041 (im Vorjahre 44 503). Davon wurden ausgeliehen an

- |                      |        |                             |
|----------------------|--------|-----------------------------|
| 1. schöner Literatur | 31 370 | (61,5 % d. Gesamtausleihe). |
| 2. belehrender L.    | 10 888 | (21,3 % " " ).              |
| 3. Jugendschriften   | 8 783  | (17,2 % " " ).              |

(...)

Der Hauptanteil der Leserschaft beiderlei Geschlechts kommt aus dem gelernten Arbeiter- und Handwerkerstand. Er beträgt 22,5 %. Dann folgt der Kreis der Techniker – Ingenieure ohne Hochschulbildung – Architekten, Werkmeister u. ä. mit 10,7 %. Mit 9,3 %

nehmen kaufmännische Berufe teil. Dann folgt die ungelernete Arbeiterschaft mit 8 %. Selbständige Handwerker und Gewerbetreibende sind mit 5 % vertreten. Dann die akademischen Berufe, Künstler usw. mit 3,2 %. Mittlere Beamte mit 2,7 %. Studenten, Schüler Höherer Lehranstalten und der Fachschulen mit 2,2 %. Lehrer an Volks- und Mittelschulen machen 1,8 % der Leserschaft aus. Volksschüler und Volksschülerinnen sind mit 16,4 % beteiligt. Selbständige Kaufleute, Industrielle, Direktoren u. a. machen 1 % aus. Die restlichen 15 % verteilen sich auf weibliche Berufe. Es handelt sich da meist um unverheiratete Leserinnen. Den Hauptanteil davon stellt die Gruppe der Büroangestellten, Sekretärinnen, Buchhalterinnen usw. mit 4 %. Berufslose, Haustöchter sind mit 2,3 % vertreten. Dann folgen mit 2,3 % Studentinnen und Schülerinnen der Höheren Lehranstalten u. Fachschulen. Lehrerinnen machen ungefähr 2 % aus. Akademikerinnen, Künstlerinnen usw. 1 %. Dann folgen Verkäuferinnen, Telefonistinnen und handwerkliche Berufe mit 2 %. Der Rest setzt sich aus den sozialen Berufen, wie Kindergärtnerinnen, Krankenschwester, Fürsorgerinnen .. zusammen. (...)

Anmerkungen: Die hohe Ausleihzahl entspricht nicht dem Buchbestand, was einen unverhältnismässig hohen Verschleiss der Bücher zur Folge hat. Normal wäre ein Buchbestand von ca. 13000 Bdn. Dies würde den Bedürfnissen der Einwohnerschaft Ratingen entsprechen und eine bessere Befriedigung der Leserwünsche in d. Ausleihe wäre gegeben, was bisher nur sehr mangelhaft ist. Der Zustrom zur Bücherei wäre noch grösser und die Bücherei könnte ihren wesensgemässen Aufgaben gerecht werden, nämlich Grundlage d. Volksbildung zu sein, indem sie ihre Wirkungsmöglichkeiten in die Breite und Tiefe d. Bevölkerung hinein ausnutzen könnte.

### **Dok. 43: Stadtbücherei 1952/53**

*Verwaltungsbericht, Stadtbücherei, BZ 1952/1953, Juni 1953, S. 1 f.*

(...)

Die Leserschaft setzt sich zusammen aus

757 oder 53,5 % erwachsenen Lesern, aus  
452 oder 32,0 % Kindern (schulpflichtig) und  
206 oder 14,5 % jugendlichen Lesern (d.h. bis zur Beendigung des 19. Lebensjahres).

Von den 206 jugendlichen Lesern sind 7,8 % in Berufsausbildung, 6,6 % besuchen höhere, mittlere und Fachschulen.

Die Zahl der lesenden Knaben übertrifft die der Mädchen. Besonders überwiegen die männlichen Jugendlichen mit 135 gegenüber den jungen Mädchen mit 71 Lesern.

Der Büchereibestand betrug am 31.3.1953 8 079 Bände.

Er verteilt sich wie folgt auf die einzelnen Sachgruppen.

1. Schöne Literatur (Romane, Erzählungen, Klassiker, Gedichte, moderne Dramen):  
3514 Bände oder 43,4 %
2. Sachliteratur: 3245 Bände oder 40,2 %
3. Jugendliteratur: 1320 Bände oder 16,3 %

(...)

Diese Tatsache fordert eindringlich den Ausbau des Jugendbuchbestandes und die Errichtung einer gesonderten Jugendabteilung (bzw. Kinderbücherei), wenn man außerdem den großen Anteil der Kinder mit 32 % in Betracht zieht.

Mehrere Sachgruppen z. B. Erd- und Völkerkunde, Berufskunde, Technik müssen grundlegend erneuert und ergänzt werden. Es befinden sich noch viele inhaltlich veraltete Bücher im Bestand, die im laufenden Jahr in größerem Umfang als bisher entfernt werden sollen.

Die Benutzer der Stadtbücherei kommen aus allen Schichten der Bevölkerung. So lassen von den Erwachsenen:

12,5 % Arbeiter (fast ausnahmslos gelernte Arbeiter).

7,8 % aus technischen und kaufmännischen Berufen.

3,0 % untere und mittlere Beamte.

4,0 % aus akademischen Berufen.

18,7 % Hausfrauen.

7,1 % berufstätige Frauen.

Durch eine Bereitstellung einer größeren Auswahl an Büchern würde die Bücherei ihre Arbeit im Sinne ihrer volksbildnerischen Aufgabe mehr gerecht werden. Der anwachsenden Einwohnerzahl entsprechend müssten wenigstens 14 000 Bände zur Verfügung stehen, wie es z. B. in Hilden der Fall ist. Auch müsste durch eine räumliche Veränderung, der Bücherei breitere Wirkungsmöglichkeiten gegeben werden, was wiederum werbend auf die Bevölkerung ausstrahlen würde.

#### **Dok. 44: Stadtarchiv 1953/54**

*Verwaltungsbericht, Stadtarchiv, BZ 1.4.1953 – 31.3.1954, 12.10.1954 (Anlage zum Verwaltungsbericht, Kultur- und Verkehrsamt, 1.4.1953 – 31.3.1954, 24.8.1954)*

Im Laufe des Berichtsjahres ist mit einer Neuordnung des Archivs begonnen worden, die Jahre in Anspruch nehmen und damit die eigentliche Archivarbeit beeinträchtigen wird. Auch ist ein[e] vollständige Neufertigung des Findbuches erforderlich, welches durch umfangreiche Ergänzungen vollkommen unübersichtlich und damit unbrauchbar geworden ist.

Zunächst wurden die zahlreichen, wertlosen Zeitungsbände ausgesondert, um das Archiv von diesem Ballast zu befreien und Raum für die übrigen Archivalien zu schaffen. In der Verwaltung wurde angeregt, künftighin nur noch die lokalen Beilagen dem Archiv zu übergeben, da dasselbe die Zeitungen nicht vollständig aufnehmen kann. Von Interesse sind auch nur die lokalen Beilagen.

Das Bildarchiv wird seit Jahren seitens der Verwaltung äußerst wenig mit Bildern beliefert.

Für das Aktenarchiv ist vorweg eine Ordnung der umfangreichen und zu einem guten Teil wertlosen Zugänge seit 1945 notwendig.

Die Archivbücherei wird ebenfalls neu geordnet. Für die Heimatgeschichte unwichtige Bücher wurden mit Genehmigung der Verwaltung an das Staatsarchiv in Düsseldorf abgegeben. Um die Archivarbeit zu sichern, wurde die Mitgliedschaft bei den wichtigsten Geschichtsvereinen aufgenommen, deren Jahrbücher für die heimatgeschichtliche

Arbeit unerlässlich sind. Es wurde auch Bedacht genommen, wichtige heimatgeschichtliche Werke zu erwerben, da die Bücherei damit sehr dürftig ausgestattet ist.

Vorweg ist auch eine Ordnung der Büroakten und die Einrichtung einer kleinen Registratur mit Aktenplan vorgenommen worden. Für die Neuordnung der Urkunden und Akten sowie für die Neuanlage des Findbuches wurde die Unterstützung der Archivberatungsstelle des Landschaftsverbandes erbeten, da diese umfangreichen Arbeiten bei nebenamtlicher Arbeit zu lange Zeit in Anspruch nehmen würden.



Abb. 22: Werbeprospekt der Stadt Ratingen, 1950-er Jahre



Abb. 23: Karnevalsfeier  
um 1946



Abb. 24: Schwimmbecken  
in Ratingen-Ost, um  
1950

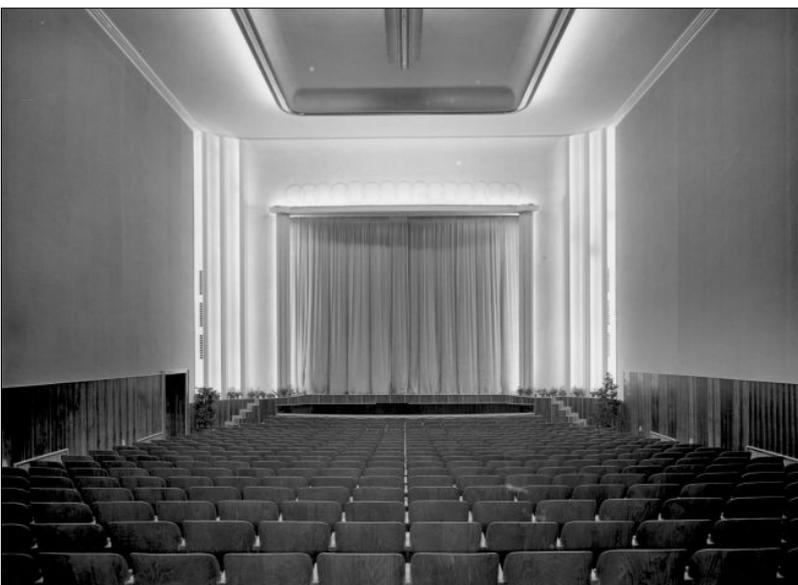


Abb. 25: Metropol-Theater,  
um 1950

Abb. 26 + 27 (rechts und unten): Ausflugslokal Auermühle, um 1953



Abb. 28: Erste Freilichtspiele am Blauen See 1949

## 6. Kriegsgefangene, Kriegsheimkehrer

Am Ende des Zweiten Weltkrieges befanden sich mehr als acht Millionen Deutsche als Kriegsgefangene in Gewahrsam der Siegermächte. Im ersten Jahr nach Kriegsende wurden fünf Millionen von ihnen entlassen. Neben zahlreichen Todesopfern gab es etwa 1,5 Millionen Vermisste, deren Verbleib nicht mehr geklärt werden konnte. 1950 sprach man von 1,3 Millionen Vermissten im Osten und 100.000 Vermissten im Westen. Der Internationale Suchdienst des Roten Kreuzes hat 1,086 Millionen deutsche Soldaten schließlich für tot erklärt. Hinter diesen Zahlen stehen die Schicksale zerstörter Familien, das Leid von Kriegswitwen und Kriegswaisen.

Zum Kriegsgefangenenproblem gehörte auch die Verständigung der Alliierten darüber, dass ein Teil der deutschen Kriegsgefangenen zum Wiederaufbau und zur Wiedergutmachung des von den Deutschen angerichteten Schadens eingesetzt werden sollte. Aufgrund dieser Verabredung übergaben Amerikaner und Briten etwa eine Million Gefangene an Frankreich. In den Lagern der Sowjetunion wurden deutsche Kriegsgefangene noch bis 1956 als Arbeitskräfte festgehalten.

Für die aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrenden Soldaten, vor allem für jene, die erst in den 1950er-Jahren zurückkehrten, hieß es, den Weg in das „normale“ Leben zu finden. Hier halfen vor Ort die Sozialämter, denen seit Juli 1947 die Betreuung der Kriegsheimkehrer oblag (Dok. 45-49).

**Dok. 45: Sozialamt 1947/48***Verwaltungsbericht, Sozialamt, RJ 1947/48, 15.6.1948, S. 4*

(...)

E) Heimkehrerfürsorge.

Es hatte sich als notwendig erwiesen, für heimkehrende Kriegsgefangene eine Betreuungsstelle einzurichten, die ab 1.7.1947 ihre Tätigkeit aufgenommen hat. Aufgabe dieser Stelle ist es, den Heimkehrern eine Soforthilfe zuteil werden zu lassen und ihnen die Rückkehr so leicht wie möglich zu machen.

In der Berichtszeit konnten durch die Betreuungsstelle 12 Anzüge und 9 Jacken, in erster Linie an Rußlandheimkehrer, verteilt werden. Im übrigen wurden die Heimkehrer durch das Wirtschaftsamt mit dem Allernotwendigsten bedacht.

Eine in der Zeit vom 22.9. – 11.10.47 durchgeführte Erhebung der noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen Angehörigen der ehemaligen deutschen Wehrmacht, sowie über die Wehrmachts- und Zivilvermissten ergab folgendes Zahlenergebnis:

Kriegsgefangene	405
Wehrmachtsvermisste	491
Zivilvermisste	71

Hiervon kehrten in der Zeit 1.7.47 – 31.3.48 heim:

a) Aus England	83
b) aus Frankreich	60
c) aus Rußland	60
d) aus Belgien	8
e) aus Amerika	3

(...)

**Dok. 46: Sozial- und Jugendamt 1948/49***Verwaltungsbericht, Sozial- und Jugendamt, RJ 1948, 10.10.1949, S. 4 f.*

(...)

9. Heimkehrerbetreuung.

Die Betreuung der Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft gehört zu den vordringlichsten Aufgaben der Verwaltung. Es hatte sich daher als notwendig erwiesen, eine eigene Heimkehrerbetreuungsstelle einzurichten, an die sich der Heimkehrer in allen schwebenden Fragen wenden kann. Diese Betreuungsstelle besteht hier seit dem 1.7.47. Besonders vordringlich war vor dem Währungsschnitt die Ausstattung der Heimkehrer mit Bekleidungsstücken und nach der Währung mit entsprechenden Beihilfen. So erhielten in der Zeit vom 5.11.48 bis 31.3.49 47 Heimkehrer durch das Sozialministerium Bekleidungsbeihilfen in Höhe von je 80,-- bis 160,-- DM. Jeder Heimkehrer erhielt vor der Währung sofort bei der Anmeldung 50,-- RM und nach der Währung 25,-- DM Beihilfe vom Sozialministerium und ab 1.12.48 zusätzlich von der Stadt weitere 25,-- DM. An Bekleidungsstücken wurden verteilt: 13 Mäntel, 14 Paar Schuhe, 11 Paar So-

cken, 13 Hosen, 14 Unterhosen, 10 Unterhemden, 10 Oberhemden und 10 Pullover. Nachstehend eine Übersicht über die in der Zeit vom 1.4.48 bis 31.3.49 erfolgten Entlassungen.

Zurückgekehrt aus:

Frankreich	Russland	England	Jugoslawien	Polen	insges.
91	80	37	27	5	240

(...)

### Dok. 47: Sozial- und Jugendamt 1949/50

*Verwaltungsbericht, Sozial- und Jugendamt, RJ 1949, 30.6.1950, S. 3(v) f.*

(...)

#### F. Kriegsgefangene.

Die Aufgaben der Heimkehrerbetreuungsstelle nach der Entlassung sind ihrer Art nach nicht rein fürsorgerisch. Sie sind vielmehr von den verschiedensten Stellen zu leisten, die teils unabhängig voneinander, teils in Zusammenarbeit miteinander tätig werden. In Betracht kommen das Einwohnermeldeamt, das Wohnungsamt, das Gesundheitsamt, das Fürsorgeamt, das Arbeitsamt und die Krankenkasse sowie die Landesversicherungsanstalt, die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege und bis vor kurzem noch das Ernährungsamt. Es ist daher nötig, den Heimkehrern die zahlreichen Wege zu den Dienststellen nach Möglichkeit abzunehmen oder zu erleichtern. Soweit bei der hiesigen Betreuungsstelle die Wohnungsfrage usw. nicht in einem Arbeitsgang erledigt werden kann, erhält der Heimkehrer ein Merkblatt mit den wichtigsten Hinweisen für seine Gänge zu den einzelnen Dienststellen.

Mit einem Gefühl der Erleichterung und der Freude nehmen wir alle dankbar zur Kenntnis, dass in der Berichtszeit viele Spätheimkehrer, hauptsächlich aus Russland eintrafen. Sie, die lange bittere Jahre hinter Stacheldraht verbringen mussten, verdienen in besonderem Masse ein Zeichen treuer heimatlicher Verbundenheit. So erhielten sämtliche Heimkehrer sofort neben der Kreis- und Landesbeihilfe von je 25,-- DM zusätzlich 25,-- DM aus städtischen Mitteln und in ganz bedürftigen Fällen darüber hinaus Beträge von 50,-- bis 150,-- DM gleichfalls aus stadteigenen Mitteln ausgezahlt.

(...) Diese Beihilfen können niemals Ersatz für das sein, was die Heimkehrer in der Gefangenschaft durchgemacht haben. Sie sollen ihnen die Möglichkeit geben, über die ersten Schwierigkeiten nach der Heimkehr hinwegzukommen.

Nachstehend eine Übersicht über die in der Berichtszeit erfolgten Entlassungen:

Russland	141
Polen	10
Frankreich	4
Jugoslawien	3

Gemäss Beschluss der Bundesregierung vom 21. Dezember 1949 fand in der Zeit vom 1. bis einschliesslich 11. März 1950 im gesamten Bundesgebiet eine Registrierung der Kriegsgefangenen und Internierten, der deutschen Untersuchungs- und Strafgefange-

nen, die noch ausserhalb des Bundesgebietes zurückgehalten werden, sowie der Vermissten der Wehrmacht und der Zivilbevölkerung statt. Das Ergebnis der Registrierung betrug:

Wehrmachtsvermisste	493
Zivilvermisste	32
Kriegsgefangene	20
Straf- und Untersuchungsgefangene	6
(...)	

#### **Dok. 48: Sozial- und Jugendamt 1950/51**

*Verwaltungsbericht, Sozial- und Jugendamt, RJ 1950, 27.7.1951, S. 5 f.*

In der Berichtszeit ist seit dem Monat Mai 1950 kein Kriegsgefangener mehr registriert worden. Ein bedauerliches Zeichen wenn man bedenkt, dass von den rund 500 Vermissten noch 18 laufend ein Lebenszeichen von sich geben. Der grösste Teil der Vermissten, die in den Oststaaten zurückblieben, muss leider aufgegeben werden.

Es kehrten im April und Mai 1950 insgesamt 12 ehemalige Kriegsgefangene zurück, und zwar aus Russland 8, aus Polen 3 und aus Italien 1. Zum Aufbau einer Existenz hatte der Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen an Spätheimkehrer Produktivdarlehen bereit gestellt. Es fanden von Ratingen 3 Heimkehrer mit zusammen 6.500,- - DM Berücksichtigung, wovon 2 total ausgebombt waren.

#### **Dok. 49: Sozialamt 1955/56**

*Verwaltungsbericht, Sozialamt, RJ 1955, 8.9.1956, S. 4*

(...)

D. Heimkehrerbetreuung.

Aus Kriegsgefangenschaft und Internierung wurden im Berichtsjahr 7 Heimkehrer nach Ratingen entlassen. Ihnen allen wurden sowohl durch finanzielle als auch durch persönliche Hilfe alle Wege geebnet, um ihnen den Übergang in ein normales Leben zu erleichtern. Ein tragisches Schicksal hat einen unserer Spätheimkehrer getroffen. Einige Wochen nach seinem Eintreffen ist er nach 11jähriger russischer Gefangenschaft infolge der Entbehrungen und Strapazen im Alter von 35 Jahren verstorben.

(...)



Abb. 29: Offizielle Feier der Stadt Ratingen für die Kriegsheimkehrer aus der Sowjetunion, 1950er-Jahre.



Abb. 30: Adventfeier im DP-Lager in Lintorf, um 1955.

## Anhang

### Bevölkerungszahlen

Stichtag	Wohnbevölkerung
Ende Feb. 1945	23.979
Anfang 1946	20.543
31.12.1946 <sup>23</sup>	22.270
31.12.1947	22.611
31.03.1948	22.687
10.10.1948	23.150
31.03.1949	23.525
31.03.1950	24.439
31.03.1951	25.920
31.03.1952	27.329
31.03.1953	28.516
31.03.1954	29.462
31.03.1955	30.446

### Bürgermeister der Stadt Ratingen 1945-1955

11.05.1945 – 11.05.1948 Dr. Franz Josef Gemmert  
 01.06.1948 – 14.11.1948 Josef Maaßen  
 15.11.1948 – 02.06.1952 Albert Tack  
 03.06.1952 – 04.12.1952 Ernst Baier  
 05.12.1952 – 29.11.1954 Peter Kraft  
 30.11.1954 – 08.11.1956 Dr. Walter Goebel

### Stadtdirektoren der Stadt Ratingen 1945-1955

08.04.1946 – 31.03.1948 Richard Erntges  
 01.04.1948 – 01.03.1960 Dr. Werner Hallauer

<sup>23</sup> Hier gibt es unterschiedliche Angaben: Im VB, Hauptverwaltung, BZ 1945/1946, o. Dat., S. 3, werden für Ende 1946 21.720 Einwohner aufgeführt.

## Abkürzungsverzeichnis

BHE	Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BZ	Berichtszeitraum
DM	Deutsche Mark
Dok.	Dokument
LAG	Lastenausgleichsgesetz
RJ	Rechnungsjahr
RM	Reichsmark
SS	Sommersemester (VHS)
VB	Verwaltungsbericht
VHS	Volkshochschule
WS	Wintersemester (VHS)

## Zum Weiterlesen

### **Allgemein:**

Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hg.), Erlebnis Geschichte. Das Buch zur Ausstellung. Bonn o. J.

Dort auch zahlreichende weiterführende Literatur

### **Ratingen:**

Helmut Pfeiffer, Die letzten Tage – die Stunde Null – der Neuanfang – das Wirtschaftswunder. Ein Zeitzeugenbericht (1945-1955), in: Ratinger Forum. Beiträge zur Stadt- und Regionalgeschichte 8, Ratingen 2003 (= Selbstverlag des Stadtarchivs), S. 234-333.

Ratingen. 1780-1975, hrsg. vom Verein für Heimatkunde und Heimatpflege Ratingen e.V., Essen 2000

Renata Schumann-Rotscheidt, Vertriebene und Aussiedler im Kreis Mettmann von 1945 – 1985. Eine Dokumentation, Mettmann 1989 (Hg.: Kreis Mettmann, Der Oberkreisdirektor)

Hermann Tapken/Detlef Wörner, Ratingen von 1945 bis 1949. Zusammenbruch, Not und Wiederaufbau in zeitgenössischen Zeugnissen, Ratingen 1986 (Hg: Verein für Heimatkunde und Heimatpflege e.V.)